

# **Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung**

**Nr. 26, September 2006**

## **Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen**

**Dieter Holtmann**

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



# **Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung**

**Nr. 26, September 2006**

## **Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen**

**Dieter Holtmann**

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2.</b>	<b>Vergleich der bisherigen Performanz der Wohlfahrtsregime</b> .....	<b>4</b>
2.1	Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime .....	4
2.2	Vier Idealtypen von Wohlfahrtsregimen .....	6
2.3	Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime .....	9
2.4	Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen .....	10
2.5	“Moral values” und Kriterien sozialer Wohlfahrt .....	12
2.6	Zum Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime und der einzelnen Länder .....	16
<b>3.</b>	<b>Herausforderungen, Randbedingungen und Veränderungsmöglichkeiten für die Wohlfahrtsregime</b> .....	<b>27</b>
<b>4.</b>	<b>Zur Unterstützung der verschiedenen Wohlfahrtskonzepte</b> .....	<b>38</b>
<b>5.</b>	<b>Schlussfolgerungen</b> .....	<b>41</b>
	Literaturverzeichnis.....	47

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

### Zur Frage der Performanz von Wohlfahrtsregimen

Wie Gesellschaften Wohlfahrt organisieren und institutionalisieren, drückt ihre grundlegenden Wertvorstellungen über gutes Zusammenleben aus. Um zu betonen, dass Gesellschaften für gewisse Zeitperioden bestimmte gesellschaftspolitische Programme verfolgen, wird im Folgenden der Begriff der Wohlfahrtsregime verwendet, womit an Esping-Andersens Konzeption angeknüpft werden soll (vgl. Esping-Andersen 1990). Um die Performanz von Gesellschaften im Hinblick auf Wohlfahrt vergleichen zu können, werden aus der sozialpolitischen Diskussion von „moral values“ (vgl. Goodin et al. 1999) eigene Kriterien sozialer Wohlfahrt entwickelt (vgl. Kap. 2.5). Mit diesen Kriterien wird anschließend die Performanz von 28 Ländern im Hinblick auf diese Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht.

### Zur Frage der Unterstützungspotentiale für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte

Im Hinblick auf die zahlreichen neuen Herausforderungen (Globalisierung der ökonomischen Konkurrenz, Migration, demographischer Wandel etc.) stehen die Wohlfahrtsregime unter starkem Veränderungsdruck. Die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte, die ausgestaltet werden könnten, werden empirisch durch eine Faktorenanalyse der Daten des International Social Survey Programms (ISSP 1999/2000) herausgearbeitet – in den Grenzen der vorliegenden Daten. Die Unterstützung dieser Wohlfahrtskonzepte durch die verschiedenen sozialen Gruppierungen in den verschiedenen Ländern wird ebenfalls empirisch untersucht (vgl. Kap. 4).

### Zum Aufbau des Aufsatzes

Zunächst werden die Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität näher bestimmt.

Um den Vergleich der verschiedenen Länder strukturierter durchführen zu können, wird an die Typologie von Wohlfahrtsregimen von Esping-Andersen (1990) angeknüpft. Die drei idealtypischen Wohlfahrtsregime von Esping-Andersen werden in der folgenden Untersuchung ergänzt um das residuale südeuropäische Wohlfahrtsregime und die ex-sozialistischen Wohlfahrtsregime (vgl. Kap. 2).

---

<sup>1</sup> Der folgende Aufsatz fasst die wichtigsten Ergebnisse der Studie „Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte. Eine empirische Untersuchung“ (Dieter Holtmann mit Michael Mutz, Florian Alber, Tilo Görl, Claudia Buchheister, Sigrid Hinteregger, Franziska Grüneberg, Claudia Meisdrock, Lydia Jeske, Olaf Ratzlaff, Maja Arlt, Jana Fink, Bernhard Fütterer, Robin Wille, Juliane Steinberg, Gregor Balke, Stephan Wache, Caroline Benz, Daniela Humcke, Anja Bruhn, Joachim Lapp, Stefanie Buhr, Susanne Zippka, Friederike Thessel) zusammen.

Es werden acht Kriterien sozialer Wohlfahrt entwickelt, mit deren Hilfe die *bisherige Performanz* der Länder und Wohlfahrtsregime verglichen wird (vgl. Kap. 2.5, 2.6).

Im dritten Kapitel werden zunächst die Herausforderungen für die Wohlfahrtsregime dargestellt. Da der Arbeitsmarkt starke Auswirkung auf die Wohlfahrt hat, werden anschließend die Randbedingungen aufgrund des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik ausgearbeitet. Weil die Beschäftigungsregime stark durch Geschlecht strukturiert sind, werden als nächstes die „gendered employment regimes“ diskutiert. Die Beschäftigungsregime stehen in Wechselbeziehung zu den „gendered caring regimes“, weshalb diese anschließend dargestellt werden. Der bisherige Umbau der Wohlfahrtsregime lässt sich mit Hilfe von Unterscheidungen von Pierson strukturieren. Aus diesen Herausforderungen und in Kenntnis der Randbedingungen lassen sich wünschenswerte Wohlfahrtskonzepte und ihre Durchführbarkeit (feasibility) diskutieren.

Im vierten Kapitel werden mögliche Konzepte von Wohlfahrt aufgrund der Daten des International Social Survey Programms (ISSP 1999/2000) dimensional analysiert mit Hilfe einer Faktorenanalyse. Die Unterstützung der resultierenden sechs Wohlfahrtskonzepte durch die verschiedenen sozialen Gruppierungen in den untersuchten Ländern wird anschließend empirisch analysiert.

Im fünften Kapitel werden die Schlussfolgerungen aus der bisherigen Performanz der Wohlfahrtsregime und den möglichen Wohlfahrtskonzepten sowie ihre mögliche Durchsetzung mit Hilfe der Unterstützung durch verschiedene soziale Gruppierungen in den untersuchten Ländern diskutiert.

### Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität

Wie der englische Begriff „welfare“ umfasst der Begriff *Wohlfahrt* einerseits die individuelle Lebensqualität und andererseits die öffentliche Infrastruktur.

Während die *individuelle Lebensqualität* früher genau im Hinblick auf Ressourcen konzipiert wurde, ist im Laufe der Zeit ein breiteres Verständnis vorgeschlagen worden, vgl. z.B. „Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research“ von Allardt (wiederabgedruckt in Nussbaum/Sen 1993). Eine relevante Akzentuierung hat der Nobelpreisträger für Ökonomie Sen vorgeschlagen: Man muss über „capabilities“ (Befähigungen und Möglichkeiten) verfügen, um Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrnehmen zu können (vgl. Sen 1993: Capability and well-being).

Die öffentliche Wohlfahrt wird im internationalen Vergleich in Betonung der Bedeutung der institutionellen Entwicklungspfade seit Esping-Andersen 1990 überwiegend in der Form unterschiedlicher *Wohlfahrtsregime* konzipiert, die unterschiedliche Wohlfahrtsziele und Ausmaße öffentlicher Unterstützungsleistungen beinhalten. Idealtypisch wird unterschieden zwischen einem umfassenden sozialdemokratisch-egalitären skandinavischen Wohlfahrtsregime, einem

Status-konservierenden kontinentalen Wohlfahrtsregime und einem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime mit bedürftigkeitsprüfender Armenfürsorge.

### Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur sozialen Sicherheit

Bonoli (2000) macht darauf aufmerksam, dass man die Unterschiede der Traditionen und Logiken von Wohlfahrt, die Esping-Andersen (1990) in den Institutionen der verschiedenen Wohlfahrtsregime klar herausgearbeitet hat, auf Einstellungsebene ebenfalls auffinden kann, wenn man die Einstellung zu unterschiedlichen Wohlfahrtskonzepten unterscheidet.

Während Svallfors (1997) und viele andere Autoren nur die Einstellungen zum egalitären Staatsinterventionismus untersuchten, empfiehlt Bonoli die Unterscheidung folgender Logiken:

- Öffentliche Transfers sind charakteristisch für die skandinavischen Wohlfahrtsregime.
- In Frankreich (und zum Teil in Italien) übernimmt der Staat eine funktional äquivalente Rolle, aber eher mit Arbeitsgesetzgebung als mit öffentlichen Transfers.
- In Deutschland dagegen gilt die Tarifautonomie, weshalb viele wichtige Verhandlungen von den Tarifparteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände geführt werden.

Bonoli (2000:440) kann z. B. zeigen, dass die Regulation von Löhnen per Gesetz in Frankreich und Italien deutlich stärker befürwortet wird als in Großbritannien, Schweden und Deutschland.

In Deutschland halten viel mehr Befragte die Arbeitgeber für zuständig für die Rente als in Großbritannien, Dänemark, Frankreich und Italien (Bonoli 2000:442).

Schließlich ist Deutschland und Italien gemeinsam, dass fast alle Befragten die Berücksichtigung der Familie bei der Lohngestaltung wichtig finden, während dies in Großbritannien und in Schweden weniger sind (Bonoli 2000:442).

Die Rollen des Staates, der Verbände und der Familie sind also unterschiedlich ausgestaltet und gewichtet in den verschiedenen Ländern.

Bonoli erklärt die Einstellungsunterschiede mit den verschiedenen Traditionen der Länder, d. h. ihren Institutionen, Praktiken und Diskursen, welche die Werte und Normen dieser Länder verkörpern (Bonoli 2000:442).

Auch die folgende Untersuchung geht davon aus, dass es fruchtbar ist, Gesellschaften durch ihr Wohlfahrtsregime zu charakterisieren, das sich auf einem nationalen Entwicklungspfad in inter- und supra-nationalem Kontext bewegt, und dass den unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsregime auch unterschiedliche Wertorientierungen und Einstellungen entsprechen. Deshalb hat die folgende Untersuchung der Wohlfahrtregime zwei empirische Schwerpunkte:

- Der Vergleich der Wohlfahrtsregime von entwickelten Ländern wird im Hinblick auf acht Wohlfahrtskriterien durchgeführt, die aufgrund einer sozialphilosophischen Diskussion bestimmt werden. Die Kriterien werden auf der Basis der vorliegenden Indikatoren der OECD, EU etc. untersucht.
- Die möglichen Wohlfahrtskonzepte werden – in den Grenzen der Datenlage – empirisch bestimmt durch eine dimensionale Analyse der Daten des International Social Survey Programms (1999/2000). Die Unterstützung von Wohlfahrtskonzepten wird dann festgemacht an der Befürwortung der sechs resultierenden Wohlfahrtsdimensionen durch die verschiedenen sozialen Gruppierungen in den unterschiedlichen Wohlfahrtsregimen.

## **2. Vergleich der bisherigen Performanz der Wohlfahrtsregime**

### **2.1 Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime**

Soskice hat den Vorschlag gemacht, Produktionsregime zu unterscheiden, die Typen der Koordination von Unternehmen charakterisieren sollen (vgl. z.B. Soskice 1999). Die unkoordinierten (in meiner Formulierung: wirtschaftsliberalen) Marktwirtschaften mit den USA als Beispiel werden kontrastiert mit den koordinierten, die bei Soskice untergliedert werden in die national koordinierten mit Aushandlungen zwischen den Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit Schweden als Beispiel und die sektoral koordinierten Produktionsregimen mit Deutschland als Beispiel, wo die Tarifpartner auf Branchenebene verhandeln. Eine weitere Form der Koordination findet sich in Japan, wo ein Ministerium dafür zuständig ist, die grundlegende Technologiepolitik etc. von Unternehmensgruppen zu koordinieren. Wir würden als weiteres Produktionsregime das staatssozialistische unterscheiden, in der die Planwirtschaft durch die herrschende Partei organisiert wird. Kitschelt et al. (1999) machen bereits darauf aufmerksam, dass diesen typischen Produktionsregimen spezifische Parteiensysteme und bestimmte Typen von Klassenkompromissen entsprechen.

Unter Verwendung des Klassenallianzen-Ansatzes, den z.B. auch Esping-Andersen verwendet, würden wir für diese drei Strukturierungen folgende kausale Ordnung vorschlagen: Die Entwicklungspfade der Klassenallianzen strukturieren die Entwicklung der Produktionsregime, und die Entwicklung der Produktionsregime strukturieren wiederum die Entwicklung der Wohlfahrtsregime (vgl. Tabelle 2.1).

Durch eine erfolgreiche Allianz mit den Mittelschichten gewann die Sozialdemokratie hegemonialen Einfluss in Schweden und erreichte nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausbau des universalistischen Wohlfahrtsstaates mit hohem Niveau der sozialen Sicherheit.

In der Einwanderungskultur der USA gab es so viele kulturelle Konfliktlinien, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht so stark war, eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien abzuwenden. Mit der individualistischen Grundhaltung, dass

jeder die eigene Verantwortung trägt, die Entwicklungschancen zu nutzen, und im Vertrauen auf die Effizienz des Marktes wurde die Wohlfahrt als residual konzipiert: Nur nach strenger Bedürftigkeitsprüfung sollten Wohlfahrtsleistungen gewährt werden.

*Tabelle 2.1: Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime*

Hegemoniale sozialdemokratische Parteien		Hegemoniale bürgerliche Parteien
National koordinierte Produktionsregime		Unkoordinierte (Wirtschaftsliberale) Marktwirtschaften
Individualistisch-egalitäre Wohlfahrtsregime		Residuale Wohlfahrtsregime
	Katholische, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie	
	Sektoral koordinierte Produktionsregime	
	Berufsständische Wohlfahrtsregime, mittlere soziale Absicherung	
Hegemoniale kommunistische Parteien		Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)
National koordinierte Produktionsregime		Koordination der Unternehmensgruppen
Kollektiv-egalitäre Wohlfahrtsregime		Residuale und paternalistische Wohlfahrtsregime



In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bismarck'sche Sozialversicherungssystem die frühe Grundlage gelegt, dass die sozialen Sicherungssysteme den im Erwerbssystem erzielten Status bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter christdemokratischen Einfluss die soziale Marktwirtschaft ausgebaut, welche durch sozialdemokratische Einflüsse ergänzt wurde. Da die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beide stark waren, konnte weder die Arbeitgeberseite noch die Arbeitnehmerseite eine radikale Politikoption durchsetzen, weshalb sich eher „mittlere“ Lösungen durchsetzten, beim berufsständischen Wohlfahrtsregime z.B. ein mittleres Niveau der sozialen Absicherung.

Im japanischen Fall dominierten die bürgerlichen Parteien und entwickelten eine nationale Koordination der Unternehmungsgruppen durch ein entsprechendes Ministerium. Da die Unternehmen ihre Stammebelegschaft bereits sozial absicherten, blieb die staatliche Wohlfahrt residual. Die weiteren Absicherungen müssen deshalb die Familien übernehmen.

In Italien sind auch klientelistische Parteinetzwerke relevant, die Koordination durch den Staat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut. Auch hier sind die Familien als Wohlfahrtsproduzenten wichtig.

In Frankreich, dem Land des Etatismus, ist die Koordination durch den Staat als Gesetzgeber traditionell stark ausgeprägt.

In den Ländern, in denen kommunistische Parteien die Hegemonie errangen (wie in Russland, China etc.), wurden Planwirtschaften entwickelt, in denen die Parteiführungen egalitäre Versorgungssysteme durchsetzten. Das Versorgungsniveau war bzw. ist dem Wohlstandsniveau entsprechend niedriger als in den entwickelten westlichen Ländern.

## **2.2 Vier Idealtypen von Wohlfahrtsregimen**

In leichter Erweiterung von Esping-Andersen (1990) sollen vier Idealtypen von Wohlfahrtsregimen unterschieden werden (vgl. Tabelle 2.2). Neben dem sozialdemokratischen Regime mit Prototyp Schweden werden das wirtschaftsliberale Regime (Esping-Andersen: „liberal“) mit Prototyp USA sowie zwei Varianten des „konservativen“ Regimes von Esping-Andersen unterschieden: Das berufsständische Regime bewahrt den Status der Erwerbsarbeit in den Sozialversicherungen, d.h. ist Status-erhaltend, als Prototyp kann man die Bundesrepublik Deutschland ansehen (oder auch Österreich). Im familistischen Regime Südeuropas spielt angesichts der residualen staatlichen Absicherungen die Familie eine noch wichtigere Rolle als Sicherheitsnetz (Ferrera 1996, 2005).

Während die Arbeit im sozialdemokratischen Regime solidarisch organisiert werden soll und größere Gleichheit durch staatliche Umverteilung der Erwerbslöhne angestrebt wird, steht im wirtschaftsliberalen Modell das Ziel der Effizienz im Zentrum, das durch Marktkonkurrenz erreicht werden soll. Das berufsständische Regime rangiert auf diesen Dimensionen mit der sozialen Marktwirtschaft dazwischen. Die Koordination der Wirtschaft wird im wirtschaftsliberalen

Regime dem Markt überlassen, während der Staat im Süden stärker regulierend eingreift und im sozialdemokratischen Regime als Mediator zwischen den Korporationen vermittelt. Das berufsständische Regime mit der Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände rangiert dazwischen.

*Tabelle 2.2: Vier Idealtypen von Wohlfahrtsregimen*

	<b>Idealtypen</b>			
	<b>Familiistisch</b>	<b>Status-konservierend/ Berufsständisch</b>	<b>Wirtschaftsliberal</b>	<b>Sozialdemokratisch</b>
Dominierende Werte bzgl. der Arbeit	Marktwirtschaft	Soziale Marktwirtschaft	Freiheit und Effizienz durch Marktkonkurrenz	Solidarität und Gleichheit durch Umverteilung
Koordination der Wirtschaft	Staat	Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände (Korporationen)	Markt	Staat als Mediator zwischen den Korporationen
Dominierende Werte bzgl. der Interaktionen	Familienmitglieder	Individuen in Familien/Haushalten	Autonome Individuen	Autonome Individuen mit sozialem Sicherheitsnetz
Leitbild für Geschlechterrollen	Unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen	Breadwinner model; Frau ggf. als Zuverdienerin	Gender neutraliy; Staat interveniert nicht in Privatsphäre	Dual-earner model
Dominierende Werte bzgl. der sozialen Sicherheit	Fürsorge durch Familie, Kirche und Staat (Subsidiarität)	Fürsorge durch Familie, Kirche, Wohlfahrtsverbände u. Staat (Subsidiarität)	Freiwillige Hilfe u. needs-tested vom Staat	Sozialstaat zuständig für soziale Sicherheit
Zentrale Wohlfahrtsinstitutionen	Familie	Sozialversicherungen	Markt	Wohlfahrtsstaat
Finanzierung	Beiträge, Familie	Beiträge	Privat und staatlich	Wohlfahrtsstaat
Basis des Anspruchs	Familienmitglied	Bezug zur Erwerbstätigkeit	Staatsbürgerschaft	Staatsbürgerschaft
Kriterium für Anspruch	Bedürftigkeit (need)	Beiträge (contribution)	Bedürftigkeit (means-test)	Universalistisch, Recht der Staatsbürger
Umfang	Residual	Mittleres Niveau	Residual	Umfassend (Encompassing)
Art der Leistung	Persönliche Dienstleistung	Finanzieller Transfer	Finanziell	Entlohnte soziale Dienstleistungen
<i>Prototypen</i>	Italien (Spanien)	Deutschland	USA	Schweden

Wie sich etwa an der Besteuerung erkennen lässt, steht in Schweden im Unterschied zum Süden nicht die Familie, sondern das Individuum im Zentrum, das allerdings im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Modell durch ein soziales Sicherheitsnetz unterstützt wird. Im berufsständischen Modell wird der Verdienst nach Beruf und Familienstand geschichtet, was ähnlich zum südlichen

Regimetyp ist. Das Leitbild für die Geschlechtsrollen in traditionaleren Teilen des Südens sind unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen. Als Teilmodernisierung des Männlichen-Ernährer-Modells gilt die Verbreitung der Zuverdienerrolle der Frau in Form von Teilzeiterwerbstätigkeit, wie sie in den Niederlanden noch viel stärker verbreitet ist als in Deutschland. Im wirtschaftsliberalen Regime dominiert das Leitbild der „Gender neutrality“, der Staat interveniert nicht in die Privatsphäre, während im sozialdemokratischen Regime der Staat das „dual-earner model“ z.B. durch die individuelle Besteuerung fördert. Die dominierenden Werte bzgl. der sozialen Sicherheit sind in traditionaleren Teilen des Südens die Fürsorge durch Familie, Kirche und Staat und im berufsständischen Regime zusätzlich durch die Wohlfahrtsverbände, wobei gemäß der Subsidiarität zuerst die Familien zuständig sind. Im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst auf die freiwillige Hilfe gesetzt und eine residuale Unterstützung vom Staat wird nur nach Bedürftigkeitsprüfung (needs-test) gewährt. Im sozialdemokratischen Regime dagegen wird die Zuständigkeit für die soziale Sicherheit dem Staat zugewiesen. Entsprechend sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen die Familie in traditionaleren Teilen des Südens, die Sozialversicherungen im berufsständischen Regime, der Markt im wirtschaftsliberalen und der Wohlfahrtsstaat im sozialdemokratischen Regime. Die Finanzierung wird in traditionaleren Teilen des Südens zum Teil durch Beiträge und zum Teil durch die Familie erbracht, im berufsständischen Regime durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, im wirtschaftsliberalen residualen Regime zum Teil privat und zum Teil staatlich, während im sozialdemokratischen Regime der Wohlfahrtsstaat zuständig ist, und zwar auf der Basis einer hohen Besteuerung der Staatsbürger. Die Basis des Anspruchs auf soziale Sicherheit ist im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft, dies gilt auch für das deutliche niedrigere Niveau der sozialen Sicherheit im wirtschaftsliberalen Regime. Im berufsständischen Regime ist das Niveau der sozialen Sicherheit nach Erwerbsstatus geschichtet. In traditionaleren Teilen des Südens übernimmt die Familie die Rolle des Sicherheitsnetzes. Kriterium für Ansprüche sind im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft (citizen: legal resident) und im berufsständischen Regime die Beiträge (contribution). Im familistischen Regime ist die Bedürftigkeit (need) das Kriterium für den Anspruch auf Unterstützung, im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst geprüft, ob der Bedürftige über keine eigenen Mittel verfügt (means-test). Der Umfang der sozialen Sicherung ist im sozialdemokratischen Regime umfassend (encompassing) und im wirtschaftsliberalen sowie im familistischen Modell von residualer Größe. Das Niveau der sozialen Sicherheit des berufsständischen Regimes rangiert zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen. Während im sozialdemokratischen Regime die Leistungen der sozialen Sicherheit vor allem in Form von entlohnten sozialen Dienstleistungen erbracht werden, bestehen die Leistungen im berufsständischen Regime überwiegend in finanziellen Transfers. Im wirtschaftsliberalen Modell gibt es z.B. Armenküchen als Dienstleistung und residuale finanzielle Leistungen.

Im familistischen Regime werden die Hilfeleistungen eher in persönlicher Form erbracht. Ferrera (1996, 2005) weist darauf hin, dass einerseits die Sozialversicherungen im Süden in der Bismarck-Tradition stehen – weshalb Esping-Andersen sie zum konservativen Typ zählt –, andererseits aber das Gesundheitssystem staatlich ist und eher der Beveridge-Tradition entspricht. Die Rolle des Staates ist nach Ferrera (2005) insgesamt eher schwach, weil die Familie wichtige Funktionen übernimmt, wegen des wenig kontrollierbaren informellen Wirtschaftssektors und wegen der schwachen Verwaltungen. Weil die rationale Verwaltung wenig entwickelt ist, spielen Klientelismus (Leistungen im Tausch gegen Parteiunterstützung) und Patronage (Begünstigungen, Korruption) im Süden eine größere Rolle.

### 2.3 Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime

Im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime sind gleiche soziale Rechte, unabhängig von Status und Geschlecht, als Staatsbürgerrechte verankert (citizen: legal resident). Im berufsständischen Wohlfahrtsregime ist die soziale Sicherheit insbesondere nach Beruf und Familienstand geschichtet, dem entsprechen meritokratische Gerechtigkeitsvorstellungen.

Tabelle 2.3: Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime

Staatsbürgerrechte: Gleiche soziale Rechte, unabhängig von Status und Geschlecht Sozialdemokratisches Wohlfahrtsregime (Bsp. <i>Schweden</i> )		Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit und bei Misserfolgen: Bedürftigkeit (need) Wirtschaftsliberalismus  (Bsp. <i>USA</i> )
	Soziale Sicherheit geschichtet nach Beruf und Familienstand: Verdienst (merit) Berufsständisches Wohlfahrtsregime  (Bsp. <i>Deutschland</i> )	
Wirtschaftliche Gleichheit durch staatliche Verteilung  Staatssozialismus	Soziale Sicherheit durch: Staat  Etatismus (Tendenziell: <i>Frankreich</i> )	Soziale Sicherheit durch: Familie  Familismus (Tendenziell: <i>Italien</i> )

Im wirtschaftsliberalen Regime ist die wirtschaftliche Unternehmensfreiheit der dominierende Wert, nur bei Misslingen und nach Bedürftigkeitsprüfung wird eine soziale Unterstützungsleistung gewährt (vgl. Tabelle 2.3). In traditionaleren Teilen des Südens spielt die Familie eine größere Rolle für die soziale Sicherheit, da die staatlichen Leistungen nur ein residuales Niveau haben.

Bei den „konservativen“ Regimen gemäß Esping-Andersen (1990) könnte man Frankreich noch als Prototyp des Etatismus kennzeichnen, da die Regulation durch den Staat dort traditionell eine große Rolle spielt (vgl. auch Bonoli 2000). Wenn man außer diesen westlichen Wohlfahrtsregimen noch den Osten berücksichtigt, so lässt er sich tendenziell als Gegenpol zum wirtschaftsliberalen Regime verorten: Im Staatssozialismus wurde die wirtschaftliche Gleichheit durch staatliche Verteilung angestrebt. Gemäß den Umfragen des ISSP 1999/2000 befürworteten die Bevölkerungen der ex-sozialistischen Länder auch heute noch die soziale Gleichheit im Durchschnitt viel stärker als die Bevölkerungen der wirtschaftsliberalen Länder.

## **2.4 Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen**

Wenn man Länder als Einheiten der Analyse verwendet, um Zusammenhänge und Mechanismen zu ermitteln, kann man in der statistischen Analyse Korrelations- und Regressionsanalysen durchführen, wenn man eine hinreichende Fallzahl hat.

Berücksichtigt wurden die Länder, die nach unserer Beobachtung in der vergleichenden Wohlfahrtsforschung sowie politisch im Kontext der EU und ihrer Erweiterung eine besondere Rolle spielen. In Tabelle 2.4 sind die 28 Länder alphabetisch aufgeführt, wobei zum Vergleich angegeben ist, ob das jeweilige Land in dem International Social Survey Programme (ISSP) 1999 zur sozialen Ungleichheit oder in der Performanz–Untersuchung von Wolfgang Merkel (2001) untersucht worden ist.

Tabelle 2.4: Die berücksichtigten Länder

Land	Australien	Belgien	Bulgarien	Dänemark	Deutschland
Länder-Code	AUS	BE	BUL	DK	D
ISSP 1999	X		X		X
Merkel	X	X		X	X

Land	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland
Länder-Code	FIN	FR	GRI	GB	IR
ISSP 1999		X		X	
Merkel	X	X		X	X

Land	Italien	Japan	Kanada	Neuseeland	Niederlande
Länder-Code	ITA	JP	CAN	NZL	NL
ISSP 1999		X	X	X	
Merkel	X		X		X

Land	Norwegen	Österreich	Polen	Portugal	Russland
Länder-Code	NOR	ÖST	POL	POR	RUS
ISSP 1999	X	X	X	X	X
Merkel	X	X			

Land	Schweden	Schweiz	Slowakei	Spanien	Tschechien
Länder-Code	SW	CH	SLK	SPA	CZ
ISSP 1999	X		X	X	X
Merkel	X				

Land	Türkei	Ungarn	USA
Länder-Code	TÜR	UNG	USA
ISSP 1999		X	X
Merkel			X

Um die Wohlfahrtsregime zunächst regional und kulturell zu unterscheiden, ließen sich folgende vorläufige Ländergruppen bilden:

**Skandinavisch:** Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden

**Kontinental:** Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Schweiz

**Angelsächsisch:** Australien, Großbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA

**Südeuropa:** Portugal, Spanien, Griechenland, Italien

**Osteuropa:** Bulgarien, Polen Slowakei, Ungarn, Tschechien; Russland

**Kleinasien:** Türkei

**Ostasien:** Japan

Gemäß der unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion lassen sich die meisten Länder relativ eindeutig den verschiedenen Wohlfahrtsregimen zuordnen:



**Sozialdemokratisch:** Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark

**Konservativ:** Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich

Die Niederlande werden von Esping-Andersen (1990) als „sozialdemokratisch“ eingeschätzt, aber die clusteranalytische Überprüfung von Esping-Andersens Daten durch Obinger/Wagschal (1998) platzieren die Niederlande in unmittelbare Nachbarschaft zu Deutschland. Auch die Analyse von Ostner (1995) und unsere eigenen Daten sprechen für eine Zuordnung der Niederlande zur konservativen Wohlfahrtslogik.

**Wirtschaftsliberal:** USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Irland

**Familistisch:** Griechenland, Italien, Spanien, Portugal

**Ex-sozialistisch:** Russland, Bulgarien, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen

In dieser vorläufigen Gruppierung aufgrund der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit ist Russland tendenziell ein Grenzfall, denn bei einigen Entwicklungen (etwa bei der Armutsquote) liegt Russland gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern zurück.

*Sonderfälle:*

*Schweiz:* Die Schweiz ist ein Misch-Typ, denn sie weist gleichzeitig konservative, wirtschaftsliberale und sozialdemokratische Elemente auf.

*Japan:* Japan ist ein Misch-Typ, der sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Charakteristika aufweist.

*Türkei:* Die Türkei ist u.a. als Beitrittskandidat der EU von Interesse, aufgrund des geringeren Entwicklungsstandes wird die Türkei als Sonderfall untersucht.

Die verfeinerte Einteilung der Länder nach Wohlfahrtskonzepten und Wohlfahrtsindikatoren soll eines der Ergebnisse unserer empirischen Untersuchung sein.

## **2.5 „Moral values“ und Kriterien sozialer Wohlfahrt**

Goodin et al. (1999) und Merkel (2001) erarbeiten jeweils Kriterien, mit denen sie die Performanz von Wohlfahrtsregimen beurteilen wollen. Goodin et al. (1999) schlagen sechs „moral values“ ohne Rangordnung vor, Merkel fünf Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit, wobei die Nummerierung seine Priorität ausdrückt (vgl. Tabelle 2.5.1).

*Tabelle 2.5.1: „Moral values“ und Verteilungsgerechtigkeit*

Goodin et al. (1999): 6 „moral values“	Merkel (2001): 5 Ziele der Verteilungsgerechtigkeit
1) Promoting economy efficiency	4b) Aktivierung durch den Sozialstaat
2) Reducing poverty	1) Vermeidung von Armut
3) Promoting social equality	5) Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung
4) Promoting social integration and avoiding social exclusion	3) Inklusion in den Arbeitsmarkt
5) Promoting social stability	4a) Sozialstaatliche Sicherung
6) Promoting autonomy	2) Bildung und Ausbildung

Um mögliche Zielkonflikte zu verdeutlichen, schlage ich in Auseinandersetzung mit diesen Kriterienlisten vier Polaritäten zwischen je zwei Zielen vor, die in einem Sterndiagramm dargestellt sind (vgl. Abbildung 2.5.1).



### Abbildung: 2.5.1: „Moral values“ und Kriterien für „social welfare“

(Projektion von acht „moral values“ in zweidimensionale Darstellung)

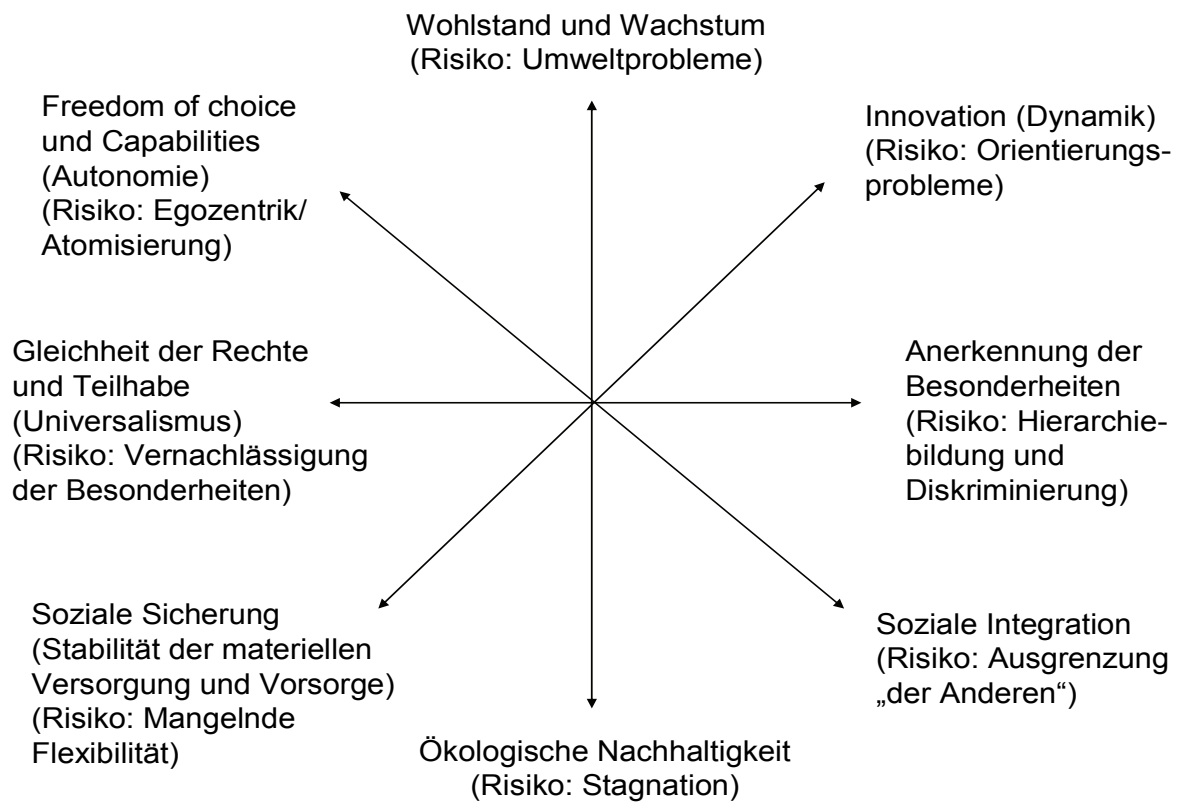


Tabelle 2.5.2: „Moral values“ und Kriterien sozialer Wohlfahrt

2.5.1.1 Wohlstand und Wachstum
2.5.1.2 Ökologische Nachhaltigkeit
2.5.2.1 Innovation / Dynamik
2.5.2.2 Soziale Sicherung (Versorgung und Vorsorge)
2.5.3.1 Anerkennung der Besonderheiten
2.5.3.2 Gleichheit der Rechte und Teilhabe
2.5.4.1 Soziale Integration
2.5.4.2 “Freedom of choice and capabilities” (Autonomie)

### **2.5.1.1 Wohlstand und Wachstum und 2.5.1.2 Ökologische Nachhaltigkeit**

Goodin et al. beginnen ihre Kriterienliste mit „economic efficiency“, bemerken aber selbst, dass dies eigentlich „morally agnostic“ ist (ebenda: S. 15). In ihrer Fußnote 5 (S. 26) verweisen sie auf „material well-being“ als evtl. eigentliches Wohlfahrtsziel. Entsprechend würde ich von dem Ziel des Wohlstandes ausgehen, wobei man allerdings Geld- und Zeitwohlstand unterscheiden könnte. Wenn wir bei dem materiellen Wohlstand bleiben, den die Ökonomen kurz durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf erfassen, so möchte ich das Ziel des Wachstums hinzufügen, da das Spannungsverhältnis gerade zwischen dem quantitativen Wachstum einerseits und – angesichts der Kehrseite des gleichzeitigen Wachstums der Müllberge der Konsumgesellschaft – der ökologischen Nachhaltigkeit andererseits besteht, d.h. einem Wirtschaften, das verträglich ist mit den Naturkreisläufen, vom Klima über die Luft bis zur Landschaftsqualität.

Bei Merkel (2001) findet man den Effizienzgesichtspunkt ansatzweise als Aktivierung durch den Sozialstaat (4b).

### **2.5.2.1 Innovation und 2.5.2.2 Soziale Sicherheit (Stabilität der materiellen Versorgung und Vorsorge)**

Angesichts des sich ändernden Umfelds müssen ständig neue Problemlösungen gefunden werden. Deshalb sind Innovation und Dynamik ebenfalls wichtige Kriterien einer Gesellschaft, da der relative Wohlstand auf der relativen Produktivität im Vergleich zu anderen basiert. Schumpeter erwartete diese Innovationen vom dynamischen Unternehmer, heute spielen Forschung und Entwicklung eine entscheidende Rolle.

Während dieser Gesichtspunkt bei den genannten Autoren fehlt, diskutieren Goodin et al. den Gegenpol, die soziale Stabilität. Die Systeme sozialer Sicherung sorgen für die Stabilisierung von Einkünften im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. Zudem machen Goodin et al. darauf aufmerksam, dass Stabilität auch den Aspekt umfasst, dass Individuen ihre Lebenspläne kontinuierlich verfolgen können, was gerade in Zeiten großer Umbrüche als Problemdimension deutlich wird.

Dem Gesichtspunkt der Stabilität entspricht bei Merkel das Ziel der sozialstaatlichen Sicherung, der Aspekte der Vorsorge wird durch die Investitionen in Bildung und Ausbildung thematisiert.

### **2.5.3.1 Anerkennung des Besonderen und 2.5.3.2 Gleichheit der Rechte und Teilhabe**

Die soziale Gleichheit wird in der Sozialphilosophie diskutiert zwischen den Polen „equal opportunity“ und „equal outcomes“ bzw. „equal resources“ und „equal welfare“, wobei ersteres die jeweils gemäßigttere Forderung ist.

Bei Merkel entspricht dem das Ziel der Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung, was ein wichtiger Aspekt der Gleichheitsproblematik ist. Goodin et al. und auch Merkel formulieren die Vermeidung bzw. Reduktion von Armut noch einmal als selbständiges Ziel, das andererseits in der Gleichheitsforderung implizit enthalten ist. Bei Goodin et al. findet man u.a. die Formulierung, dass Armut dann vermieden wird, wenn Personen über die grundlegenden materiellen Ressourcen verfügen, um am üblichen Leben in ihrer Kommune teilhaben zu können. Ansonsten besteht die Gefahr der „low intensity citizenship“ (O’Donnell). Armut wird dabei verstanden als relative Armut, nämlich relativ zum jeweiligen Umfeld.

Der mögliche Gegenpol der Anerkennung der Besonderheiten wird von den genannten Autoren nicht thematisiert, spielt aber in der aktuellen Diskussion um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, Orientierungen und Lebensweisen eine große Rolle. Die Frage der Umverteilung wird inzwischen ergänzt um die Frage der Anerkennung (vgl. Fraser und Honneth 2003).

## **2.6 Zum Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime und der einzelnen Länder**

Zur Diskussion der Performanz von Wohlfahrtsregimen wurden acht wünschenswerte Ziele als Kriterien entwickelt.<sup>2</sup> Da Ziele wie z.B. Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit konfliktieren können, wurden die Ziele in einem Sterndiagramm dargestellt, wobei die Ziele nach außen weisen (vgl. Abb. 2.6.1). Im Hinblick auf diese Denkfigur rangiert der sozialdemokratische Regimotyp tendenziell fast überall außen, d.h. fast alle Ziele werden von den sozialdemokratischen Ländern im Durchschnitt am stärksten erfüllt. Sowohl bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall als auch bei den vorsorgenden Bildungsleistungen liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime vorn. Dieses Wohlfahrtsregime ist ausgeprägt frauenfreundlich, sichert die Gleichheit der materiellen Teilhabe am stärksten und der Bevölkerung das höchste Ausmaß an Autonomie von den verschiedenen Wohlfahrtsregimen. Nur beim Wohlstand und Wachstum sowie bei der Integration von Migranten (hier nicht grafisch dargestellt wegen der vielen fehlenden Messwerte) ist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime erfolgreicher bei der Zielerreichung als das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime.

Das wirtschaftsliberale Regime ist bei dem Kriterium Wohlstand und Wachstum am stärksten. Ferner schneidet es bei der Frauenfreundlichkeit und bei der sozialen Integration besser ab als das konservative Wohlfahrtsregime. Schwächen weist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime auf bei der Ökologie, bei der sozialen Sicherung und deshalb auch bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe.

---

<sup>2</sup> Die Operationalisierungen der acht Kriterien durch Einzelindikatoren sind in dem Buch („Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte: eine empirische Untersuchung.“ dokumentiert auf S. 47 ff.

Der konservative, kontinentale Regimetyyp schneidet bei der sozialen Sicherung relativ gut ab, im Durchschnitt der konservativen Länder sowohl bei den nachsorgenden als auch bei den vorsorgenden Sicherungsleistungen. Bei der ökologischen Nachhaltigkeit, der Gleichheit der materiellen Teilhabe und bei dem Ausmaß der Autonomie der Bevölkerung schneidet das konservative Wohlfahrtsregime besser ab als das wirtschaftsliberale.

Der ex-sozialistische Wohlfahrtsregimetyyp und der südeuropäische, residuale Wohlfahrtsregimetyyp rangieren etwa gleichauf dahinter. Die ex-sozialistischen Länder liegen bei der Frauenfreundlichkeit und bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe über dem Durchschnitt. Auf der anderen Seite schneidet das ex-sozialistische Wohlfahrtsregime besonders schlecht ab bei der Integration in den Arbeitsmarkt und bei der Partizipation in Vereinen, Verbänden etc., d.h. die Zivilgesellschaft ist noch wenig entwickelt. Das familistische Wohlfahrtsregime ist am wenigsten frauenfreundlich von den betrachteten Wohlfahrtsregimen. Es investiert überdurchschnittlich in die nachsorgenden Sozialausgaben, jedoch unterdurchschnittlich in die vorsorgenden Bildungsausgaben.

Abbildung 2.6.1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime

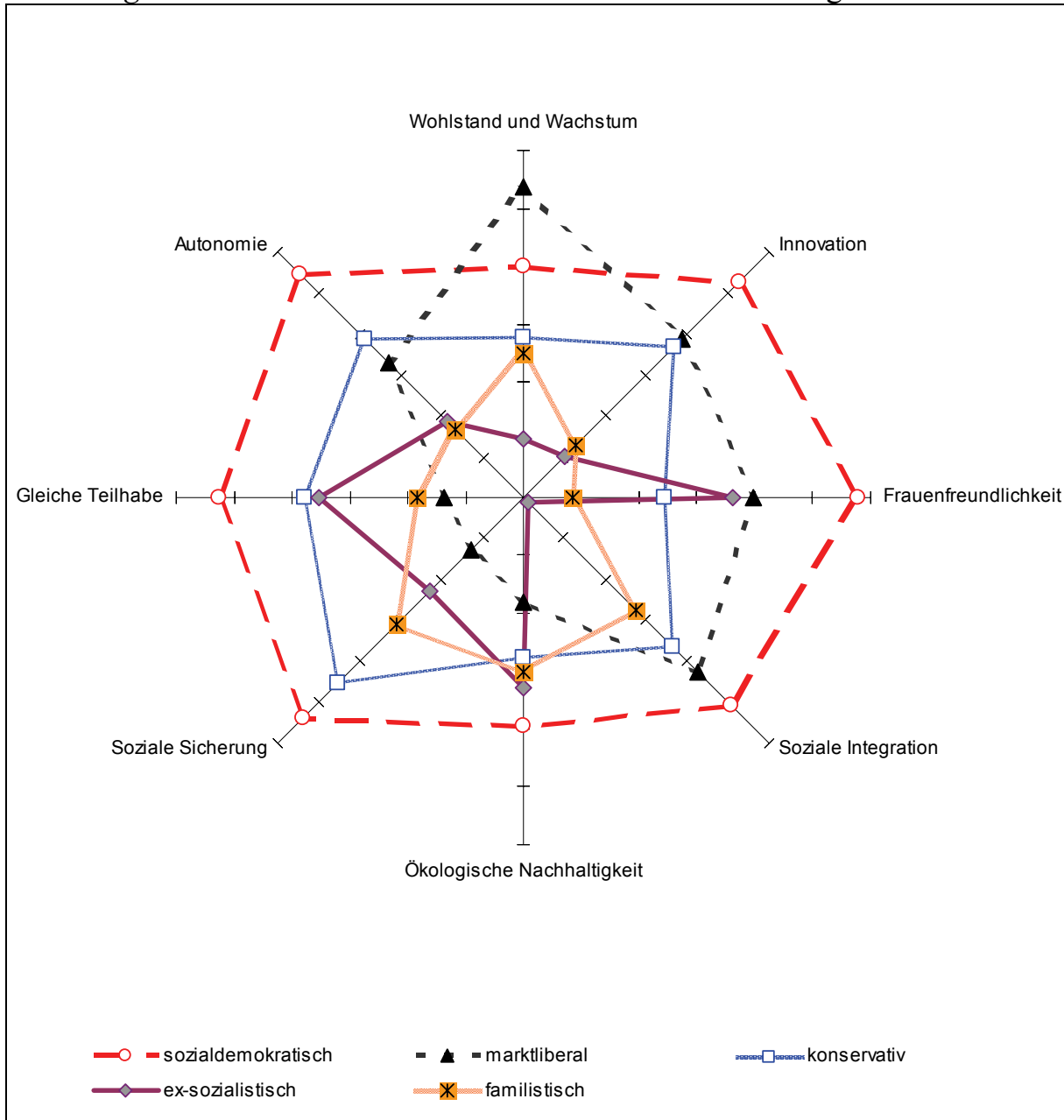


Tabelle 2.6.1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime

	Wohlstand und Wachstum	Ökologische Nachhaltigkeit	Innovation	Soziale Sicherung	Frauenfreundlichkeit	Gleiche Teilhabe	Autonomie	Soziale Integration
Sozialdemokratisches Regime	0,50 (2.)	0,47 (1.)	1,15 (1.)	1,20 (1.)	1,39 (1.)	1,13 (1.)	1,23 (1.)	1,04 (1.)
Marktliberales Regime	1,18 (1.)	-0,59 (5.)	0,44 (2.)	-0,86 (5.)	0,48 (2.)	-0,82 (5.)	0,15 (3.)	0,63 (2.)
Konservatives Regime	-0,12 (3.)	-0,12 (4.)	0,33 (3.)	0,76 (2.)	-0,28 (4.)	0,39 (2.)	0,45 (2.)	0,32 (3.)
Familistisches Regime	-0,26 (4.)	0,00 (3.)	-0,85 (4.)	0,05 (3.)	-1,07 (5.)	-0,58 (4.)	-0,67 (5.)	-0,13 (4.)
Ex-sozialistisches Regime	-0,99 (5.)	0,15 (2.)	-0,99 (5.)	-0,24 (4.)	0,31 (3.)	0,27 (3.)	-0,57 (4.)	-1,45 (5.)

(z-Werte und Rangplätze)

Vor dem Hintergrund dieser Gesamtergebnisse sollen nun die gesellschaftlichen Profile der einzelnen Länder sowie ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede genauer dargestellt werden (vgl. Tabelle 2.6.2): Schweden als „sozialdemokratisches“ Land schneidet insgesamt besonders gut ab bzgl. der acht Kriterien, wobei die ausgeprägte Frauenfreundlichkeit eine der Besonderheiten ist, wie auch das sehr hohe Niveau der sozialen Sicherung, hohe Investitionen in die Innovationsfähigkeit, eine ausgeprägte Gleichheit der Teilhabe und der sozialen Integration, weshalb schließlich die Bevölkerung über ein sehr hohes Maß an Autonomie in ihren Lebenschancen verfügt.

Norwegen schneidet ähnlich gut ab wie Schweden, wobei der Wohlstand noch höher ist und die ökologische Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt wird. Die Frauenfreundlichkeit und die Gleichheit der materiellen Teilhabe sind ebenfalls stark ausgeprägt, sodass insgesamt die soziale Integration ebenfalls sehr erfolgreich ist und die Bevölkerung über ein hohes Maß der Autonomie für ihre Lebensentwürfe verfügt. Dänemark und Finnland schneiden ähnlich gut ab wie Schweden und Norwegen, nur bzgl. der ökologischen Nachhaltigkeit liegen sie nicht über dem Durchschnitt. Dafür ist Dänemark aber in der sozialen Sicherung insgesamt führend und insbesondere auch bei den vorsorgenden Bildungsausgaben, weshalb Dänemark mit seiner vorsorgenden und aktivierenden Politik im Augenblick in dieser Hinsicht als Vorbild gilt. Auch die Frauenfreundlichkeit ist sehr ausgeprägt und die Autonomie der Bevölkerung. Gemäß unseren Indikatoren ist Dänemark auch erfolgreich im Hinblick auf die soziale Integration – allerdings bevorzugt der einheimischen Bevölkerung, denn bei der Migrantenfreundlichkeit liegt Dänemark auch nach unseren Messungen unter dem Durchschnitt. Finnland hat bekanntlich bei den PISA-Vergleichsstudien besonders gut abgeschnitten, dies zeigt sich auch in der Führung bei der Autonomie der Bevölkerung. Finnland liegt bei der Innovationsfähigkeit mit vorn und erzielt auf der Basis von ausgeprägter Frauenfreundlichkeit und Gleichheit der materiellen Teilhabe eine hohe soziale Integration.

Die USA als wirtschaftsliberales Land haben ihre Stärken in der Innovation sowie im Wohlstand und Wachstum, andererseits ist die Teilhabe am Wohlstand sehr ungleich verteilt und die ökologische Nachhaltigkeit wird vernachlässigt. Ein ähnliches gesellschaftliches Profil weisen Australien, Großbritannien und Irland auf, wobei das katholische Irland bei der Geschlechter-Gleichheit schlechter abschneidet. Australien und Großbritannien gehören mit Neuseeland und Kanada zu den Ländern, die Migranten am erfolgreichsten integrieren.

Tabelle 2.6.2: Die Performanz der Länder nach den acht Zielkriterien

	Wohstand und Wachstum	Ökologische Nachhaltigkeit	Innovation	Soziale Sicherung	Frauenfreundlichkeit	Gleiche Teilhabe	Soziale Integration	Autonomie
Australien (AUS)	1,22 (3.)	-1,49 (28.)	0,30 (13.)	-0,80 (21.)	0,43 (11.)	-0,87 (24.)	0,71 (8.)	0,00 (14.)
Belgien (BE)	-0,09 (16.)	-1,47 (27.)	0,14 (15.)	0,73 (7.)	-0,73 (21.)	0,99 (7.)	-0,16 (19.)	0,11 (13.)
Bulgarien (BUL)	-2,41 (28.)	0,70 (7.)	-1,61 (27.)	k.A.	0,94 (5.)	0,12 (14.)	-1,84 (27.)	k.A.
Kanada (CAN)	0,89 (5.)	-0,53 (20.)	0,34 (12.)	-0,77 (20.)	0,77 (7.)	-0,31 (18.)	0,10 (15.)	0,39 (11.)
Schweiz (CH)	-0,32 (19.)	1,09 (4.)	0,55 (7.)	0,95 (4.)	-1,12 (23.)	0,06 (15.)	0,18 (14.)	0,54 (8.)
Tschechien (CZ)	-0,84 (26.)	-0,06 (13.)	-0,68 (20.)	-0,47 (17.)	-0,67 (20.)	1,41 (1.)	-0,16 (20.)	-0,06 (16.)
Deutschland (D)	-0,50 (22.)	-0,51 (18.)	0,46 (9.)	0,92 (5.)	-0,02 (14.)	-0,26 (17.)	-0,06 (18.)	0,24 (12.)
Dänemark (DK)	0,19 (10.)	-0,07 (14.)	0,84 (5.)	1,74 (1.)	1,03 (4.)	0,84 (8.)	0,83 (6.)	1,19 (3.)
Finnland (FIN)	0,59 (6.)	-1,02 (24.)	1,36 (4.)	0,70 (8.)	1,03 (3.)	1,32 (2.)	0,85 (5.)	1,39 (1.)
Frankreich (FR)	-0,13 (17.)	-1,08 (25.)	0,39 (11.)	1,37 (3.)	-0,18 (16.)	0,29 (13.)	-0,01 (17.)	0,74 (6.)
Großbritannien (GB)	0,49 (7.)	-0,76 (22.)	0,45 (10.)	-0,06 (14.)	0,58 (10.)	-0,67 (22.)	0,56 (11.)	0,45 (9.)
Griechenland (GRI)	0,03 (13.)	-0,12 (15.)	-1,25 (25.)	0,26 (12.)	-1,61 (26.)	-0,52 (19.)	-0,51 (21.)	-1,80 (25.)
Irland (IR)	2,95 (1.)	-0,84 (23.)	-0,05 (16.)	-1,68 (25.)	-0,51 (19.)	-0,64 (20.)	0,78 (7.)	-0,21 (21.)
Italien (ITA)	-0,53 (23.)	0,06 (12.)	-0,54 (18.)	0,47 (10.)	-1,31 (25.)	-0,70 (23.)	-0,63 (22.)	-0,21 (20.)
Japan (JP)	-0,48 (21.)	-0,52 (19.)	1,82 (1.)	-1,21 (23.)	-1,07 (22.)	0,44 (10.)	0,57 (10.)	-0,38 (23.)
Niederlande (NL)	0,12 (12.)	0,37 (8.)	0,49 (8.)	-0,10 (15.)	-0,23 (17.)	0,40 (11.)	1,38 (1.)	0,77 (5.)
Norwegen (NOR)	0,95 (4.)	2,72 (1.)	0,72 (6.)	0,61 (9.)	1,58 (2.)	1,15 (5.)	1,35 (2.)	1,05 (4.)
Neuseeland (NZL)	0,29 (8.)	1,20 (3.)	-0,10 (17.)	-0,52 (18.)	0,93 (6.)	-0,67 (21.)	1,11 (4.)	0,57 (7.)
Österreich (ÖST)	0,00 (14.)	2,06 (2.)	0,18 (14.)	0,89 (6.)	-0,26 (18.)	0,53 (9.)	0,46 (13.)	0,41 (10.)
Polen (POL)	-0,22 (18.)	0,86 (5.)	-0,88 (23.)	0,34 (11.)	0,64 (9.)	0,30 (12.)	-1,77 (26.)	-0,05 (15.)
Portugal (POR)	-0,69 (25.)	0,29 (9.)	-0,75 (21.)	0,01 (13.)	-0,16 (15.)	-1,09 (25.)	0,61 (9.)	-0,53 (24.)
Russland (RUS)	-2,08 (27.)	-0,14 (16.)	-0,94 (24.)	k.A.	k.A.	-2,48 (28.)	-1,69 (25.)	-2,50 (26.)
Slowakei (SLK)	-0,05 (15.)	-0,74 (21.)	-1,26 (26.)	-0,93 (22.)	0,26 (13.)	1,06 (6.)	-1,99 (28.)	-0,06 (17.)
Spanien (SPA)	0,17 (11.)	-0,22 (17.)	-0,88 (22.)	-0,55 (19.)	-1,21 (24.)	0,00 (16.)	0,00 (16.)	-0,13 (18.)
Schweden (SW)	0,27 (9.)	0,24 (11.)	1,68 (3.)	1,74 (2.)	1,93 (1.)	1,21 (4.)	1,13 (3.)	1,29 (2.)
Türkei (TÜR)	-0,67 (24.)	0,79 (6.)	-1,93 (28.)	-1,91 (26.)	-2,05 (27.)	-1,37 (26.)	-1,07 (23.)	-2,71 (27.)
Ungarn (UNG)	-0,37 (20.)	0,28 (10.)	-0,55 (19.)	-0,40 (16.)	0,36 (12.)	1,24 (3.)	-1,24 (24.)	-0,19 (19.)
USA (USA)	1,22 (2.)	-1,09 (26.)	1,70 (2.)	-1,32 (24.)	0,64 (8.)	-1,77 (27.)	0,52 (12.)	-0,31 (22.)



Deutschland und die Niederlande sind konservativ nicht nur im Sinne der Status-konservierenden sozialen Sicherungssysteme, sondern auch bzgl. der unterdurchschnittlich ausgeprägten Frauenfreundlichkeit. Deutschland weist insgesamt ein hohes Niveau der sozialen Sicherung auf, allerdings beruht dieses auf den nachsorgenden Sozialleistungen, während Deutschland bei den vorsorgenden Bildungsleistungen unter dem Durchschnitt liegt. Die Niederlande sind besonders erfolgreich bei der ökonomischen Integration, d.h. bei der Integration in das Beschäftigungssystem. Österreich rangiert bei der Frauenfreundlichkeit ebenfalls unter dem Durchschnitt, besonders gut schneidet es aber bzgl. der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Die sozialen Sicherungssysteme sind in Österreich ebenfalls gut ausgebaut. Die Schweiz, die ein Mischtyp ist aus wirtschaftsliberalen, konservativen und sozialdemokratischen Elementen, rangiert bei der Frauenfreundlichkeit auch unter dem Durchschnitt, in der Ökologie darüber. Die Schweiz investiert stärker in die Innovationsfähigkeit als Österreich. Sie liegt bei den vorsorgenden Sozialausgaben über dem Durchschnitt und insgesamt bei der sozialen Sicherung auf einer vorderen Position. Frankreich und Belgien sind auch konservativ in dem Sinne, dass die Frauenfreundlichkeit unterdurchschnittlich ausgeprägt ist, ferner liegen beide Länder bzgl. der ökologischen Nachhaltigkeit deutlich unter dem Durchschnitt. Frankreich liegt in dem Niveau der sozialen Sicherung sofort hinter den führenden Ländern Dänemark und Schweden. Belgien schneidet bei den vorsorgenden Bildungsausgaben gut ab und ist auch bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe gut platziert. Die Kombination von unterdurchschnittlicher Ausprägung bzgl. Frauenfreundlichkeit und bzgl. ökologischer Nachhaltigkeit ist auch charakteristisch für Japan. Eine Besonderheit Japans ist die systematische Förderung von Forschung und Entwicklung zur Stärkung der Innovation und Exporteffizienz, weshalb Japan dort an der Spitze steht.

Italien und Spanien sind als „familistische“ Länder ähnlich wie die konservativen Länder Österreich und die Schweiz unterdurchschnittlich ausgeprägt bzgl. der Frauenfreundlichkeit. Anders als insbesondere die Schweiz sind Italien und Spanien aber auch bzgl. der Innovationsfähigkeit unterdurchschnittlich ausgeprägt. Italien liegt insgesamt bei dem Niveau der sozialen Sicherung über dem Durchschnitt, dies liegt aber an den nachsorgenden Sozialausgaben, während die vorsorgenden Bildungsausgaben unter dem Durchschnitt liegen. Spanien lag im letzten Jahrzehnt beim Wachstum über dem Durchschnitt, Italien unter dem Durchschnitt. Bei der Frauenfreundlichkeit rangiert Griechenland hinter Italien und vor der Türkei am Ende der Rangliste. Auch bei den Investitionen in die Innovationsfähigkeit rangiert Griechenland hinten. Portugal ist bei der Innovationsfähigkeit ebenfalls hinten platziert, liegt aber bei der Integration in das Beschäftigungssystem über dem Durchschnitt, während Griechenland dort unterdurchschnittlich abschneidet.



Die ex-sozialistischen Länder Tschechien, Slowakei und Ungarn sind egalitärer in der sozialen Teilhabe als die Länder des europäischen Südens, Tschechien schneidet dabei sogar am besten ab und auch Ungarn liegt mit an der Spitze. Bulgarien weist von allen untersuchten Ländern das niedrigste Wohlstandsniveau auf und eine geringe Innovationsfähigkeit. Bulgarien rangiert zusammen mit Ungarn, Russland, Polen und der Slowakei ganz am Ende bei der sozialen Integration, was einerseits an Transformationsproblemen der Beschäftigungssysteme liegt, andererseits aber auch an dem geringen Partizipationsniveau in Vereinen etc., d.h. der wenig entwickelten Zivilgesellschaft. In Russland schließlich wird besonders wenig in die Autonomie der Bevölkerung investiert. Als ex-egalitäres Land positioniert sich Russland inzwischen bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe an letzter Stelle. Im Wohlstandsniveau rangiert Russland hinter den südeuropäischen Ländern Portugal und Griechenland, den osteuropäischen Ländern Ungarn, Slowakei und Polen sowie vor Bulgarien und schließlich der Türkei am Ende der Rangliste.

Die Türkei ist bzgl. der Frauenfreundlichkeit noch weniger ausgeprägt als Griechenland. Die Investitionen in die Autonomie der Bevölkerung sind in der Türkei noch schwächer ausgeprägt als in Russland. Und die Innovationsfähigkeit ist in der Türkei noch geringer ausgeprägt als in Bulgarien.

Insgesamt ist die Konzeption von Wohlfahrtsregimetypen wohl geeignet, einige Gemeinsamkeiten von Gesellschaften zu thematisieren, andererseits weisen die einzelnen Länder natürlich gleichzeitig, wie gerade dargestellt, Unterschiede und eigenständige Profile bzgl. der gesellschaftlichen Zielkriterien und ihrer Umsetzung auf.

### **Verschiedene Pfade der Modernisierung**

Nach unseren Analysen empfiehlt es sich, nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung zur Dienstleistungsgesellschaft auszugehen. Die unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion, in denen die grundlegenden Werteprioritäten der verschiedenen Gesellschaften zum Ausdruck kommen und die sich in den institutionellen Entwicklungspfaden der Gesellschaften niederschlagen, dürften bei dem augenblicklichen Diskussionsstand das fruchtbarste Konzept sein, verschiedene gesellschaftliche „Welten“ zu unterscheiden. Neben den drei „Welten“ von Esping-Andersen – idealtypisch dem sozialdemokratischen, wirtschaftsliberalen und konservativen Wohlfahrtsregime – sollte man das „familistische“ Wohlfahrtsregime unterscheiden, das in Südeuropa verbreitet ist, und – wegen der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit – das ex-sozialistische Wohlfahrtsregime, das sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befindet. Ob die ex-sozialistischen Länder inzwischen noch ein einheitliches Wohlfahrtsregime bilden, soll erst diskutiert werden, wenn auch die Analyse der Wertegrundlagen der verschiedenen Gesellschaften in Kapitel 4 dargestellt ist.

---

Im Folgenden soll insbesondere im Hinblick auf Einkommensungleichheit und Armut gezeigt werden, dass sich die grundlegenden Logiken dieser fünf Wohlfahrtsregime deutlich unterscheiden lassen.

- *Sozialdemokratisch*: In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten dominiert das Leitbild gleicher sozialer Rechte. Deshalb sind die sozialen Sicherungssysteme universalistisch angelegt, es wird nicht geschichtet nach dem Status im Erwerbssystem. Individuen werden individuell besteuert, die umfassenden Sozialleistungen bedürfen zur Finanzierung der weitgehenden Vollbeschäftigung – der Männer und der Frauen. Die Einkommensungleichheiten und die Armutsquoten werden niedrig gehalten, indem durch aktivierende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiken gegen Armut präventiv vorgesorgt wird und durch steuerliche Umverteilung die Brutto-Einkommensungleichheit reduziert wird.
- *Wirtschaftsliberal*: In den wirtschaftsliberalen Staaten wird stärker auf den Marktmechanismus gesetzt und auf eine allgemeine Leistungs- und Wettbewerbsorientierung. Die relativ dynamische Entwicklung der Unternehmen und der Beschäftigungsmöglichkeiten sind die Basis des im Regimevergleich höchsten Wohlstands. Da Gleichheit in der dominierenden Leitvorstellung als Chancengleichheit interpretiert wird, ist in erster Linie das Individuum für seine soziale Sicherung verantwortlich und Wohlfahrtsunterstützung wird erst nach strenger Bedürftigkeitsprüfung geleistet. Deshalb finden sich bei diesem Entwicklungspfad eher höhere Einkommensungleichheiten und höhere Armutsquoten.
- *Status-konservierend*: In den Status-konservierenden bzw. konservativen Wohlfahrtsstaaten werden feine Unterschiede in der sozialen Absicherung gemacht, aber auf einem mittleren Absicherungsniveau. Sowohl die Einkommensungleichheiten als auch die Armutsquoten liegen daher eher im mittleren Bereich. Diese Ausgestaltung des Wohlfahrtsregimes beruht auf den zentralen Werten von sozialer Sicherheit – die Absicherung gegen Risiken –, von Stabilität in den Lebensläufen und der Integration in die Gemeinschaft, häufig realisiert in den Vereinen etc. der Zivilgesellschaft.
- *Familistisch*: Die etwas weniger wohlhabenden Länder des Südens sind einerseits eher Status-konservierend, setzen andererseits aber weniger Wohlstand ein für die soziale Absicherung, sondern ergänzen die familiäre Zuständigkeit nur um einen residualen Wohlfahrtsstaat. Die Ungleichheit und die Armutsquoten tendieren eher in Richtung des hohen Niveaus der wirtschaftsliberalen Länder. Wenn man als Leitkonzept die Familie als primären Wohlfahrtsproduzenten vorsieht und ihr die Verantwortung für die Reproduktions- und Pflegearbeit überträgt, müsste man sie auch finanziell unterstützen, was aber im residualen Wohlfahrtsstaat zu wenig geschieht. Im Ergebnis sind die Geburtenraten gerade im familistischen Wohlfahrtsregime am niedrigsten.

- *Ex-sozialistisch*: Die ex-sozialistischen Länder durchlaufen den aktuellen Modernisierungsprozess im Zeitraffer. Startend von einer egalitären Tradition haben sich die sozialen Ungleichheiten in den Transformationsprozessen vergrößert. Da die einzelnen Länder wiederum eigene Entwicklungspfade suchen, weisen einerseits Länder wie Tschechien und Ungarn die geringste Ungleichheit auf, Polen andererseits weist mehr Ungleichheit auf als die sozialdemokratischen sowie als viele der Statuskonservierenden Länder und Russland schließlich weist inzwischen unter den berücksichtigten Ländern das größte Ausmaß an Ungleichheit auf. Die EU-Osterweiterung dürfte dazu beitragen, den Aufholprozess im Wohlstandsniveau bei den Beitrittsländern und den Nachbarländern zu unterstützen.

### Mechanismen zur Erreichung der Wohlfahrtsziele

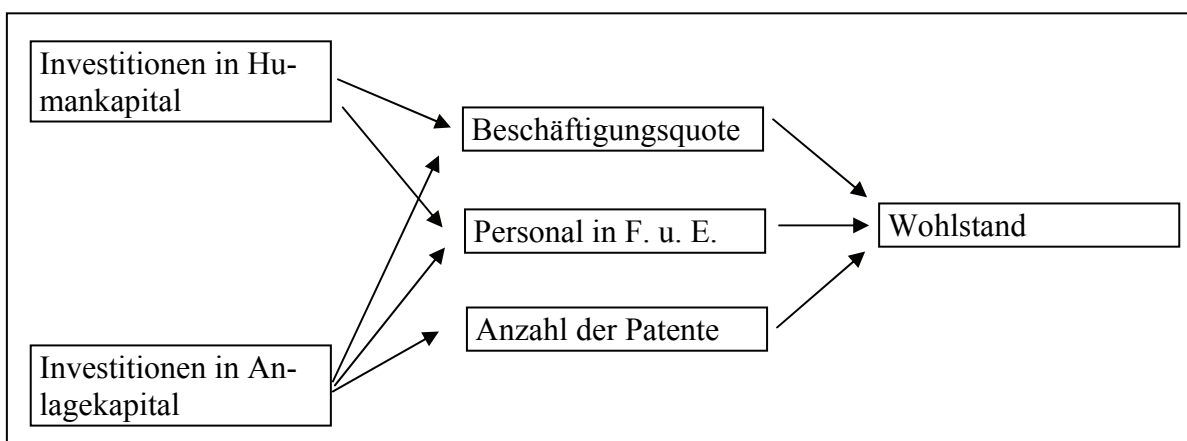
Goodin et al. (1999: 240ff.) diskutieren, inwiefern die drei Wohlfahrtsregime Esping-Andersens ihre selbst gesetzten Ziele erreichen sowie weitere Kriterien, die die Autoren als externen Maßstab anlegen.

Entsprechend sollen hier einige der Mechanismen angegeben werden, die die Performanz von Wohlfahrtsregimen im Hinblick auf die von uns gewählten Kriterien strukturieren.

#### Innovation und Wohlstand

Das Wohlstandsniveau ist wohl das erste Kriterium, das üblicherweise als Maßstab in einem Wohlfahrtsvergleich von Ländern angelegt wird. Gesellschaften können ihr Wohlfahrtsniveau dadurch fördern, dass sie – statt alles zu konsumieren – in Humankapital und Anlagekapital investieren, was natürlich auf der Basis bereits erreichten Wohlstands einfacher ist (vgl. Abb. 2.6.2). Durch diese Investitionen werden die Beschäftigungsmöglichkeiten gesteigert, was wiederum unmittelbar die Erarbeitung des Wohlstands begünstigt. Die Investitionen in

Abbildung 2.6.2: Mechanismen und Zusammenhänge: Innovation und Wohlstand

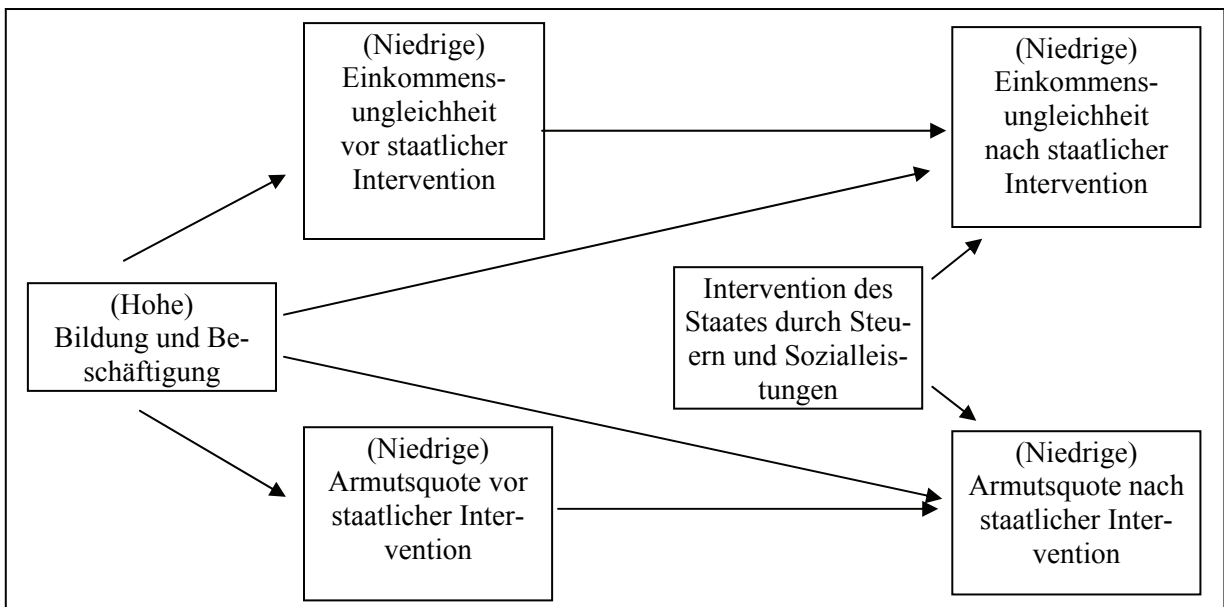


die Innovationsfähigkeit (Personal in Forschung und Entwicklung etc.), die sich auch in der Zahl der Patente niederschlagen, sind der nahe liegende Weg, in Qualitätsproduktion zu investieren und dadurch die Grundlage für ein hohes Wohlstandsniveau bereitzustellen. Dieses Ziel erreichen die wirtschaftsliberalen Länder am besten, gefolgt von den sozialdemokratischen Ländern.

### Ungleichheit, Armut und staatliche Redistribution

Um das Ziel möglichst niedriger Armut zu erreichen, müsste vorsorgend mit Priorität in Bildung und Ausbildung investiert werden – schon im frühen Alter, um soziale Kontexte ausgleichen zu können (vgl. Abb. 2.6.3). Dadurch würde die Beschäftigungsfähigkeit erhöht und somit das Armutsrisiko reduziert. Naturwüchsig würde die Einkommensungleichheit eher steigen. Der Staat hat die Möglichkeit, durch Interventionen per Steuern und Sozialleistungen die entstehenden Ungleichheiten tendenziell auszugleichen und die Armutsquote zu reduzieren. Bei diesem Kriterium sind die sozialdemokratischen Länder am erfolgreichsten.

*Abbildung 2.6.3: Mechanismen zu Ungleichheit, Armut und staatlicher Redistribution*

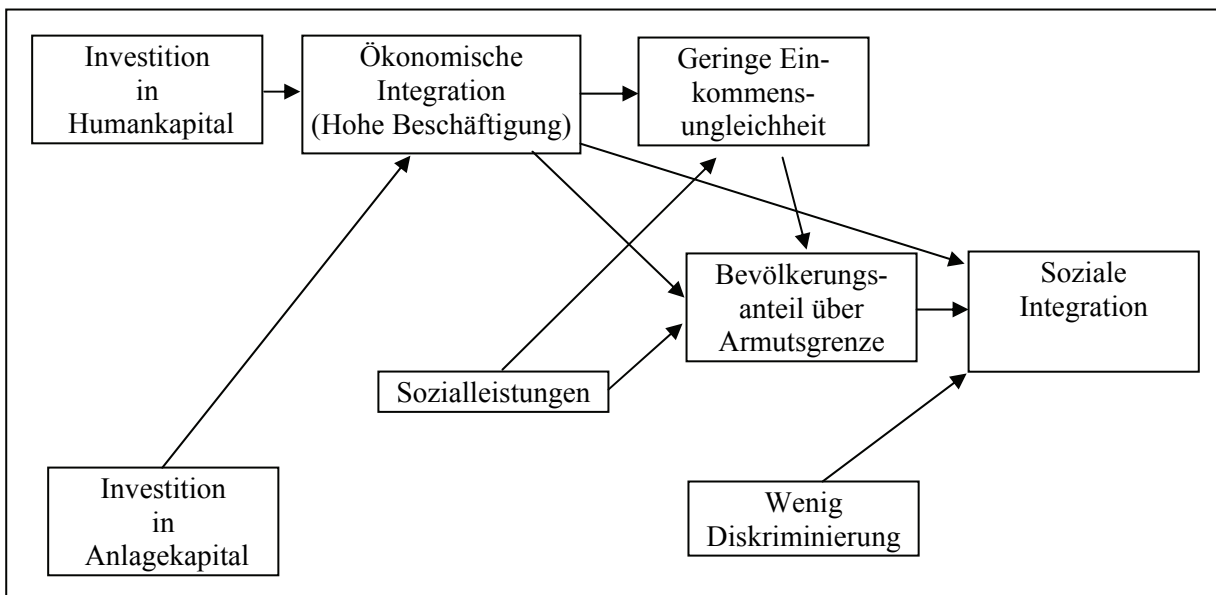


### Soziale Integration

Die soziale Integration wird begünstigt, wenn durch Investitionen in Human- und Anlagekapital eine hohe Beschäftigungsquote erreicht wird, denn die ökonomische Integration begünstigt die Erreichung der sozialen Integration (vgl. Abb. 2.6.4). Durch Sozialleistungen kann der Staat die entstehende Einkommensungleichheit begrenzen und den Bevölkerungsanteil über der Armutsgrenze er-

höhen, um der Bevölkerung wenigstens minimale Autonomie in den Lebensplänen zu ermöglichen. Eine Politik der Antidiskriminierung kann unterstützen, dass nicht bestimmte Gruppen aus den sozialen Netzwerken der Gesellschaft herausfallen. Die wirtschaftsliberalen Länder sind bei diesen Zielgrößen partiell erfolgreich, weil sie die Beschäftigungsmöglichkeiten erweitern und somit die Integration in den Arbeitsmarkt begünstigen, andererseits weisen sie wegen der nur residualen sozialen Sicherungssysteme eine relativ hohe Armutsquote auf. Die sozialdemokratischen Länder sind bei dem Kriterium der sozialen Integration am erfolgreichsten, da sie einerseits eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik für individuell besteuerte Akteure unternehmen und andererseits ein soziales Sicherheitsnetz bereitstellen, das die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt unterstützt und auch die Armutsquote im internationalen Vergleich am stärksten reduziert.

Abbildung 2.6.4: Mechanismen und Zusammenhänge zur sozialen Integration



### 3. Herausforderungen, Randbedingungen und Veränderungsmöglichkeiten für die Wohlfahrtsregime

#### Herausforderungen für den Umbau der Wohlfahrtsregime

Die Wohlfahrtsregime müssen die sich ändernden Kontexte bei ihrem Umbau berücksichtigen.

Da die *Migration* infolge internationaler Konflikte, ökologischer Probleme und der Ungleichheit zwischen den Regionen zugenommen hat, müssen die sozialen Sicherungssysteme so umgebaut werden, dass sie Migration und allgemein Mobilität zulassen. Universalistische Systeme mit einer großzügigen Rentenabsicherung lassen sich bei zunehmender Migration eher finanzieren, wenn demographische Faktoren berücksichtigt werden – überproportional viele ältere Migranten würden Probleme bereiten – und wenn Leistungen stärker an Beiträge zurückgekoppelt werden, d.h. wenn Elemente des kontinentalen Wohlfahrtsmodells eingebaut werden, was auch bereits geschieht.

Die gestiegene *Arbeitslosigkeit* insbesondere von Personen mit wenig Ausbildung und geringer Qualifikation führt zu stärkeren Finanzierungsproblemen bei beitragsfinanzierten Sicherungssystemen, da beim Anstieg der Arbeitslosigkeit gleichzeitig die Beiträge sinken und die erforderlichen Auszahlungen steigen. Deshalb müssten beitragsfinanzierte Systeme bei jedem Reformschritt um steuerfinanzierte Elemente ergänzt werden.

U.a. wegen der gestiegenen *Frauenerwerbstätigkeit* können Familien weniger Pflegearbeit leisten als früher. Familien mit Kindern haben ein erhöhtes Armutsrisiko und die Geburtenraten sinken. Die Wohlfahrtsregime müssten deshalb Familien stärker entlasten, z.B. durch Kinderbetreuungseinrichtungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

#### Ein Modell für Wirkungsmechanismen zwischen Wohlfahrtsregimen, Beschäftigung und Bewertung durch die Individuen

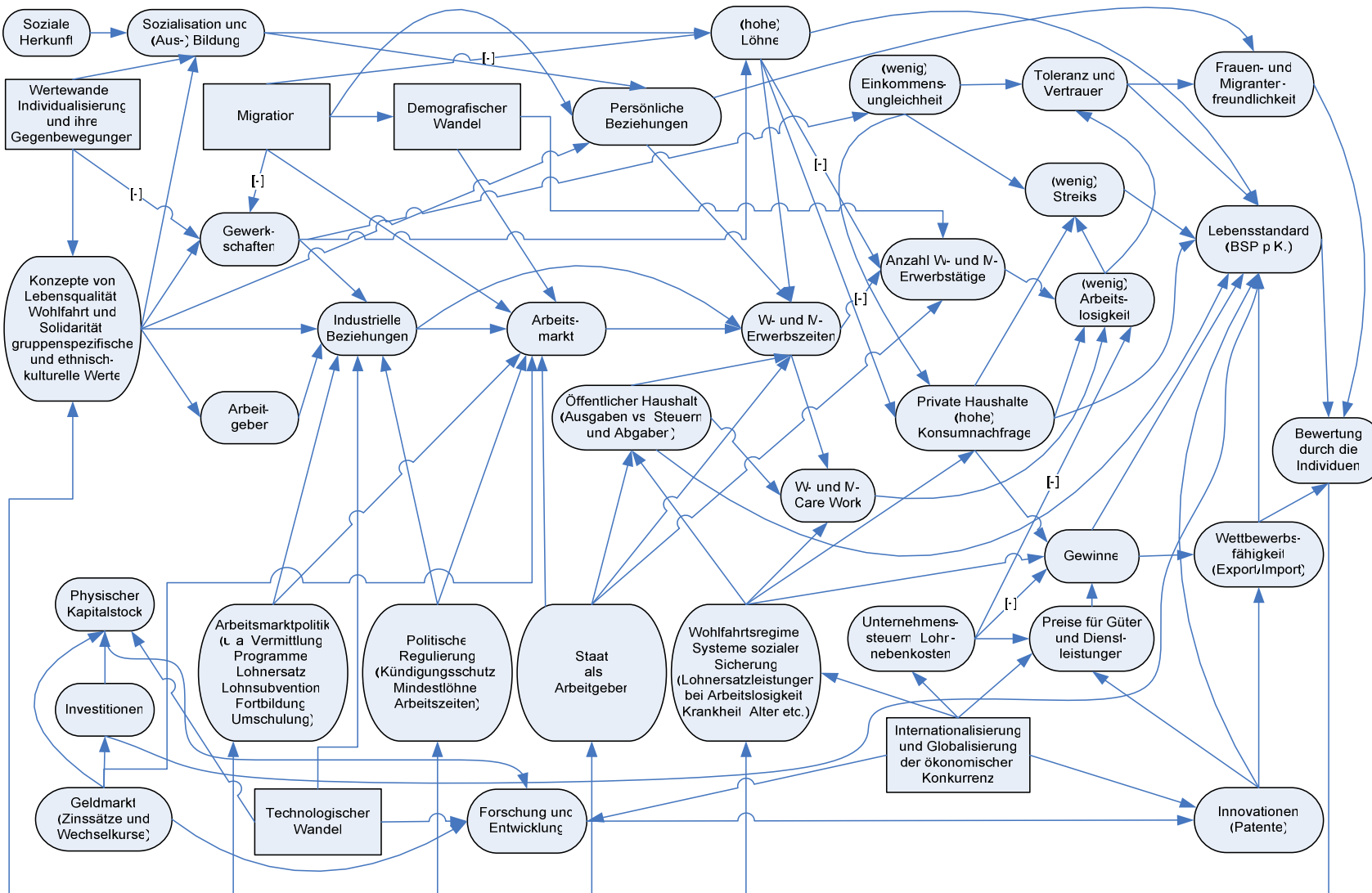
In Abbildung 3.1 sind die Herausforderungen graphisch sichtbar gemacht in Form von Rechtecken, welche auf die verschiedenen Teilbereiche – graphisch dargestellt durch abgerundete Felder – einwirken. Als Herausforderungen, die für den Veränderungsdruck stehen, sind aufgeführt:

- Internationalisierung und Globalisierung der ökonomischen Konkurrenz
- Wertewandel: Individualisierung und ihre Gegenbewegungen
- Migration
- Demographischer Wandel
- Technologischer Wandel

Das ganze Modell ist in Form eines – bis auf die Rückmeldung der Individuen an die verschiedenen Politikfelder – rekursiven Strukturgleichungsmodells formuliert, weil dies die effizienteste Art ist, Teile des Modells zu schätzen bzw. zu testen. Die Einschränkungen der Rekursivität (d.h. das Modell hat *eine* Richtung) hat zur Folge, dass man eine der Richtungen einer möglichen Wechselwirkung als die dominierende begründen muss. (Die Alternative, die Größenordnungen von Wirkungen in beide Richtungen offen zu modellieren, ist unverhältnismäßig aufwendiger bei Schätzung und Test.) Falls die angenommenen Effekte in dem Modell gemäß unseren Hypothesen negativ sind, wird dies gekennzeichnet durch [-].



Abb. 3.1: Wirkungsmechanismen zwischen Wohlfahrtsregimen, Beschäftigung und Bewertung durch die Individuen





Das Modell geht davon aus, dass Individuen gemäß ihren Konzepten von Lebensqualität sowie gemäß ihren Werten und Interessen handeln. Der Arbeitsmarkt als wichtiges Feld für Lebensunterhalt und Statuszuweisung ist abhängig von der politischen Regulierung (Kündigungsschutz, Mindestlöhne, Arbeitszeiten), den industriellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, der Migration und dem demographischen Wandel als Herausforderung, der Arbeitsmarktpolitik etc. Die Erwerbsquoten von Frauen und Männern sind u.a. abhängig von den Erwerbsarbeitszeiten, die andererseits auch die Zeit strukturieren, die noch für „care work“ zur Verfügung steht. Bei geringerer Einkommensungleichheit und wenig Arbeitslosigkeit gibt es tendenziell weniger Streiks und bessere Voraussetzungen für ein Klima von Toleranz und Vertrauen, was wiederum eine höhere Frauen- und Migrantenfreundlichkeit begünstigt. Der Lebensstandard hängt von der Erwerbsquote ab, von den Löhnen und Einkommen sowie den verschiedenen Verwendungen der Budgets. Insbesondere die Investitionen in Forschung und Entwicklung steigern durch die Innovationsfähigkeit über den Binnenmarkt bzw. indirekt über die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel den Lebensstandard. Aufgrund der Performanz der Wohlfahrtsregime in den verschiedenen Teilbereichen und nach den diversen Qualitätskriterien bewerten die Individuen aufgrund ihrer Präferenzen diese zahlreichen Aspekte und – dies ist die Rückkoppelungsschleife des ansonsten rekursiven Modells – entwickeln ihre eigenen Vorstellungen, Konzepte und Präferenzen weiter sowie melden ihr Votum an die verschiedenen Teilbereiche und Teilpolitiken zurück.

Mit dieser im wesentlichen rekursiven Formulierung soll modelliert werden, dass Individuen in Institutionen und Teilbereichen nach ihren Vorstellungen und Werten agieren, einerseits also auch von diesen Kontexten geprägt werden, andererseits aber auch ihren partiellen Beitrag zur Umgestaltung dieser Institutionen und Teilbereiche leisten können.

### **Wohlfahrtsregime, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik**

Zwischen Wohlfahrtsregimen und Arbeitsmarktregimen gibt es keine einfachen Entsprechungen, wie Jens Alber (2000a) zeigt, weil der Arbeitsmarkt auch vom Arbeitsrecht, Steuersystem etc. abhängt. Die industriellen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sind in *wirtschaftsliberalen Ländern* eher konfliktorisch, es gibt wenig Koordination im Sinne der Theorie der Produktionsregime (Soskice 1999). Die Aushandlungen finden eher auf Betriebs-ebene statt. Der für Arbeitnehmer rauhe, gleichzeitig für Arbeitgeber flexible Mechanismus des „hire and fire“ senkt die Einstellungsbarrieren, die wirtschaftsliberalen Regime weisen tendenziell dynamische Beschäftigungssysteme auf. *Sozialdemokratische Regime* andererseits können in zentralen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie mit Unterstützung des Staates verschiedene Politikfelder besser koordinieren. So gilt die *erfolgreiche dänische Beschäftigungsentwicklung* als Ergebnis der *Koordination* von expan-

siver Fiskalpolitik, Verlagerung von passiver auf aktive Arbeitsmarktpolitik, moderater Lohnpolitik sowie Wachstumspolitik durch die erwähnte Lohnpolitik und durch Steuerpolitik (vgl. Döhrn u.a. 2001). Der Erfolg des dänischen Modells beruht auf der Kombination von flexiblen Arbeitsmärkten (d.h. den wirtschaftsliberalen Mechanismus des „hire and fire“ findet man auch im „sozialdemokratischen“ Dänemark) und einer sozialen Absicherung auf so hohem Niveau, dass die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer gefördert wird, wobei drittens die Arbeitnehmer bei sich ankündigendem Arbeitsplatzverlust in Qualifizierungsmaßnahmen für den erwarteten Bedarf (nach Kenntnisstand von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat) komplimentiert werden („an offer you can't refuse“ – Lødemel/Trickey).

Der *Kurswechsel in Dänemark (1994-2000) von passiven Einkommensersatzleistungen hin zu vorbeugenden, aktivierenden Angeboten* beruhte nach Kvist (2001) nicht auf wirtschaftlichen Zwängen, sondern vollzog sich unter günstigen wirtschaftlichen Randbedingungen infolge von Lernprozessen. Neu war nicht die Aktivierung, sondern die Verpflichtung der Leistungsempfänger zur Inanspruchnahme einerseits und der Behörden zur Bereitstellung von entsprechenden Angeboten andererseits. Den Verantwortlichen auf regionaler Ebene, d.h. den Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie drittens der örtlichen Behörden wurde viel Spielraum eingeräumt, damit die Programme auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnitten werden konnten.

Die Aktivierungsstufen bestehen in der Abklärung der Fähigkeiten und Wünsche der Betroffenen, speziellen Ausbildungsangeboten, Berufstrainings und Berufsqualifizierung, privaten beruflichen Trainingsmaßnahmen bis schließlich zur Arbeitsvermittlung.

In der *Bundesrepublik* dominiert die Tarifautonomie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sodass der Staat nur regulierend eingreift: Der geringe Kündigungsschutz Dänemarks wäre für den deutschen Entwicklungspfad ein konfliktträchtiges Thema, Mindestlöhne dagegen sind bereits in der Diskussion, da die atypischen Beschäftigungsverhältnisse (z.B. Zeitarbeit) deutlich zugenommen haben. In Frankreich wird stärker durch den Staat reguliert (vgl. z.B. die allgemeine 35 Stunden-Woche), in Italien ebenfalls.

Als eine *gemeinsame Erfolgsbedingung* kann man wohl von dem amerikanischen, wirtschaftsliberalen Beschäftigungserfolg und dem dänischen, sozialdemokratischen Weg mit wirtschaftsliberalen Aspekten lernen, dass eine gezielte *Wachstumspolitik* günstige Rahmenbedingungen schafft für die Beschäftigungsmöglichkeiten über den Arbeitsmarkt. Die Euro-Zone bleibt u.a. deshalb unter ihren Wachstumsmöglichkeiten, weil sie das Wachstum nicht – wie über lange Zeit in den USA – zinspolitisch begünstigt, obwohl doch andererseits die Fiskalpolitik nach Maastricht-Vertrag ebenfalls nicht expansiv sein kann, sondern das Ziel der Haushaltskonsolidierung in den Vordergrund stellen muss.

Scharpf (2000) zeigt andererseits, wie man *auf unterschiedlichen Strukturpfaden beschäftigungspolitisch erfolgreich* sein kann: Schweden, Dänemark und Norwegen sind darin erfolgreich, die Beschäftigungsquote im öffentlichen Sektor auf der Basis einer hohen Quote von Steuern und Sozialabgaben auszubauen. Elemente dieser Beschäftigungsstrategie wären auch in anderen Staaten möglich, wenn die entsprechenden Abgaben gezielt für wichtige öffentliche Aufgaben - wie z.B. Bildung schon ab früher Jugend und lebenslange Weiterbildung - eingesetzt werden. Dies setzt natürlich ein entsprechendes Politikangebot und das erfolgreiche Werben um Unterstützung der Bevölkerung voraus. – Genau in der anderen Richtung kann man beschäftigungspolitisch ebenfalls erfolgreich sein, wie Scharpf zeigt: Die angelsächsischen Länder USA und Großbritannien sowie Japan und die Schweiz ermöglichen eine hohe Beschäftigungsquote insbesondere bei privaten Dienstleistungen, indem diese wenig durch Steuern und Sozialabgaben belastet werden. – Schließlich gibt es Staaten, die weder erfolgreich sind bei der Stimulierung privater Beschäftigungsmöglichkeiten noch bei der Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor, so dass die Beschäftigungsquote insgesamt am geringsten ist. Zu diesen Ländern gehören insbesondere die kontinentalen Wohlfahrtsregime, wobei Italien (von den berücksichtigten Ländern) am ungünstigsten abschneidet, aber auch Belgien und Frankreich sowie die Bundesrepublik Deutschland gehören zu diesen beschäftigungspolitisch am wenigsten erfolgreichen Ländern.

Die *Arbeitsmarktpolitik* kann nach Günther Schmid (2002) insbesondere über folgende vier institutionelle Zugänge beschäftigungspolitisch Einfluss nehmen: über die Arbeitsvermittlung (durch gezieltere Maßnahmen und Programme für die verschiedenen Problemgruppen des Arbeitsmarktes, durch Ermittlung der individuellen Einsatzmöglichkeiten etc.), durch Regulierung der Lohnersatzleistungen im System der sozialen Sicherung (die positive oder negative Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung setzen kann), durch Lohnsubventionen oder ähnlichen direkten Eingriffen in den Arbeitsmarkt sowie schließlich durch die Förderung von Fortbildung und Weiterbildung, was zunächst den Arbeitsmarkt entlastet und gleichzeitig die Beschäftigungsfähigkeit der Geförderten erhöhen kann. Schließlich könnte der Staat auch seine Rolle als Arbeitgeber für wichtige Aufgaben wie Bildung und Weiterbildung ausbauen.

Günther Schmid hat Elemente des beschäftigungspolitisch erfolgreichen dänischen Modells in seinen *Ansatz der Übergangsarbeitsmärkte* integriert. Der Arbeitsmarkt ließe sich beweglicher gestalten, wenn folgende Beschäftigungsbrücken durch die Politik stärker unterstützt würden: die Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung, die Übergänge zwischen Vollzeit, Teilzeit sowie zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung, die Übergänge zwischen Familienarbeit und beruflicher Tätigkeit, die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sowie z.B. flexiblere Übergänge von der Arbeit in die Rente.

Der Kern einer *vorsorgenden Arbeitsmarktpolitik* bestünde in einer möglichst frühen und so gut wie möglichen Qualifizierung sowie einer kontinuierlichen Weiterbildung. Wenn sich abzeichnet, dass ein Arbeitsplatz nicht mehr zu halten ist, müssten die Betroffenen im Hinblick auf den zu erwartenden Bedarf umgeschult oder weitergebildet werden. Der zu erwartende Bedarf ist besonders schwierig einzuschätzen, weshalb durch Koordination von Arbeitgebern, Vertretern der örtlichen Behörden und den Arbeitnehmern die geeignetsten Einsatzmöglichkeiten ermittelt werden müssten.

### **„Gendered employment regimes“**

Eine hohe Erwerbsquote ist eine günstige Voraussetzung für das allgemeine Wohlstandsniveau und damit auch für die Finanzierung der sozialen Sicherung. Die Variation der Erwerbsquote ist vor allem strukturiert durch die Variation der Erwerbsbeteiligung von Frauen, die in der Analyse gemäß Daly (2000) nach Kontinuität und Ausmaß differenziert werden sollte: In den südeuropäischen Ländern ist der öffentliche Wohlfahrtssektor wenig ausgebaut, die Teilzeitmöglichkeiten sind eher gering und die Infrastruktur für Pflege und Betreuung ist wenig entwickelt, sodass Kontinuität und Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit besonders gering sind. In Deutschland ist die Kontinuität der Frauenerwerbstätigkeit eher gering, der Wiedereinstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt verläuft eher langsamer als in anderen Ländern und vermehrt über Teilzeitbeschäftigung. Um die Frauenerwerbstätigkeit stärker zu unterstützen, müssten insbesondere die Einrichtungen zur Kinderbetreuung ausgebaut werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Im Vergleich dazu sind die Niederlande nach Pfau-Effinger (2000) schon stärker „teil-modernisiert“, da die Kontinuität der Frauenerwerbstätigkeit stärker gesichert wird – allerdings auf der Basis von Teilzeiterwerbstätigkeit, sodass der Anteil der niederländischen Frauen am gesamten Erwerbsarbeitsvolumen im internationalen Vergleich trotz starken Anstiegs in den letzten Jahrzehnten noch immer hinten rangiert. Frankreich ist einerseits ein Status-konservierendes Wohlfahrtsregime, weist aber aufgrund einer pronatalistischen Politik ein ausgebautes System von Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Kinder auf, sodass ein relativ hoher Anteil der Frauen vollzeit und kontinuierlich erwerbstätig ist. In den USA gibt es eher wenig Eingriffe des Staates in den familiären Bereich, d.h. auch keine Unterstützung von Freistellungen von der Erwerbsarbeit zugunsten von Elternarbeit. Im Ergebnis ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den USA fast so hoch wie in den skandinavischen Ländern. Insbesondere in Schweden und Dänemark sind Ausmaß und Kontinuität der Frauenerwerbstätigkeit besonders hoch, weil die öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt im internationalen Vergleich am stärksten ausgebaut sind. Diese Dienstleistungen wiederum erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Reformbedarf im Auf- und Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder und von Pflegeeinrichtungen besteht also insbesondere in den südeuropäischen Ländern, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland. Sowohl die Geburtenraten als auch die Frauenerwerbsquote sind tendenziell in den Ländern höher, in denen Kinderbetreuungseinrichtungen etc. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Die Akzeptanz und Unterstützung für eine Verlagerung der Leitbilder (vgl. Pfau-Effinger 2000) in Richtung des Doppelversorgermodells mit partnerschaftlicher Kinderbetreuung auf der Basis von Teilzeitarbeit (wie in den Niederlanden) oder in Richtung des Doppelversorgermodells mit staatlicher Kinderbetreuung (wie z.B. in Finnland) muss über die öffentlichen Diskurse insbesondere in Politik und Medien gewonnen werden.

### **“Gendered caring regimes”**

Bei der Analyse von “care work” sollte man nach Mary Daly und Jane Lewis (2000) als Aspekte berücksichtigen, dass Pflegearbeit zunächst Arbeit ist, wobei wichtig ist, ob sie bezahlt oder unbezahlt, formell oder informell geleistet wird und welche Rolle der Staat bei der Regulierung von care work spielt. Pflegearbeit hat verschiedene Bezüge zum Arbeitsmarkt, durch Pflegearbeit als bezahlte Erwerbstätigkeit entstehen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, in den skandinavischen Ländern ist dies als öffentlicher Sektor systematisch ausgebaut und so entsteht ein – letztlich steuerfinanziertes – Arbeitsmarktsegment.

Ferner muss Pflegearbeit nach Daly/Lewis in einem normativen Rahmen von Verpflichtung und Verantwortung verortet werden. Deshalb sind die sozialen und gesellschaftlichen Beziehungen von Pflegearbeit von Bedeutung und die Rolle des Staates bezüglich der Normen von Pflegearbeit. Wie Sigrid Leitner (2003) zeigt, wirken die verschiedenen Leitbilder der Länder für den Pflegebereich unterschiedlich stark in Richtung Geschlechter-Gleichheit. Sigrid Leitner unterscheidet vier Idealtypen von „caring regimes“: (1) Im expliziten Familismus wird die Pflegefunktion der Familie gestärkt, da die Familie unterstützt und gleichzeitig keine Alternativen angeboten werden. (2) Wenn es keine unterstützenden Politiken für die Pflegearbeit gibt, wirkt dies als implizite Familisierung. (3) Wenn die formale Kinderbetreuung weit verbreitet ist und gleichzeitig die Elternzeit nicht finanziell unterstützt wird, wie dies in Großbritannien der Fall ist, so wirkt dies als Entfamilisierung der Pflegearbeit. (4) Schließlich bietet das Optionsmodell insofern die Freiheit der Wahl, als sowohl Elternzeiten unterstützt werden als auch öffentliche Betreuungseinrichtungen. Im letzteren Fall – Schweden und Dänemark gehören sowohl bei der Kinderpflege als auch bei der Altenpflege dazu – wird das Recht zur Pflege nicht mit der Pflicht zur Pflege gleichgesetzt.

Nach Leitners Systematik begünstigt ein Optionsmodell, das zusätzlich geschlechterneutral agiert, die Geschlechter-Gleichheit stärker als die anderen



Modelle. Von den berücksichtigten Ländern entsprechen bisher nur Dänemark und Schweden diesem Typus der Förderung von Geschlechter-Gleichheit. Wenn der Staat wie in Griechenland und Spanien weder die Pflege in der Familie noch im öffentlichen Sektor fördert, so wirkt dies implizit als Familisierung, sodass die Haushalte sich ohne öffentliche Unterstützung um Pflegeverpflichtungen kümmern müssen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Ländern, in denen die Kinderbetreuung in der Familie durch Elternzeit etc. unterstützt wird. Andererseits ist der öffentliche Bereich der Pflege- und Betreuungsleistungen noch wenig ausgebaut, sodass dies ein sinnvoller und nahe liegender Bereich ist, in dem weitere Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden könnten auch im Hinblick auf die Förderung aller Kinder bereits in der frühen Kindheit, was als Investition in die Zukunft große Bedeutung für eine Gesellschaft hat.

Schließlich ist Pflegearbeit nach Daly/Lewis eine Aktivität sowohl mit finanziellen als auch mit emotionalen Seiten, sodass die Grenzen zwischen privat und öffentlich überschritten werden. Eine Gesellschaft hat allen Grund, die Übernahme dieser Verantwortungen zu unterstützen. Geringe Geburtenzahlen in den „familistischen“ Staaten, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht unterstützen, zeigen die unerwünschten Folgen, falls solche Investitionen in Betreuungseinrichtungen und Pflegedienstleistungen nicht erfolgen.

### **Umbau der Wohlfahrtsregime**

Pierson (2001) fasst als Ergebnis seiner umfangreichen Studien zum bisherigen Umbau der Wohlfahrtsregime zusammen, dass die Wohlfahrtsregime relativ stabil waren und sind – sogar in Zeiten von Reagan und Thatcher –, sich aber pfadabhängig schrittweise umbauen lassen, und zwar in den Dimensionen von „Re-commodification“, „Cost Containment“ und „Recalibration“.

Die *relative Stabilität der Wohlfahrtsregime* beruht nach Pierson einerseits auf der breiten Unterstützungsbasis für die Systeme sozialer Sicherung, nämlich insbesondere von den Nutzern dieser Systeme, aber auch von den Beschäftigten dieser Bereiche, sodass es eine große Wählerbasis von Unterstützern gibt. Andererseits sind radikale Systemwechsel etwa von einer Umlagefinanzierung von Renten auf kapitalgedeckte Finanzierung ähnlich schwierig wie die Auswechslung eines ganzen Schienennetzes eines Landes, d.h. die Änderungen müssen pfadabhängig und schrittweise vollzogen werden, wobei die Möglichkeiten zu Veränderungen auch von den Institutionen und Vetomöglichkeiten abhängen.

„*Re-commodification*“ bedeutet die Umkehr des Prozesses der Dekommodifizierung durch soziale Sicherungssysteme, indem nämlich die Auswahlkriterien verschärft oder die Leistungen gekürzt werden. Die *Kosteneindämmung* als Ziel ergibt sich aus den Problemen der öffentlichen Haushalte und den negativen Folgen von zu hohen Steuerbelastungen. Wenn die Lohnnebenkosten – d.h. die Steuern und die Sozialabgaben – zu hoch sind, so führt dies im Wettbewerb zu weniger Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere von gering Qualifizierten.

Dabei hat es sich als günstig erwiesen, die Systeme sozialer Sicherung statt durch Beiträge auf verbreiterter Steuerbasis zu finanzieren wie z.B. in Dänemark, wodurch die Lohnnebenkosten im Vergleich geringer ausfallen. Die Unterstützungsbasis für Kosteneinsparungen muss natürlich immer im Zusammenhang mit den dadurch wegfallenden Leistungen gesehen werden, d.h. welche Leistungen die verschiedenen sozialen Gruppen betreffen. „*Recalibration*“ beinhaltet die Nachjustierung der Wohlfahrtsregime auf die aktuellen Ziele und Problemlagen. Dabei unterscheidet Pierson die Rationalisierung – bisherige Ziele effizienter erreichen – vom „Updating“ – der eigentlichen Neuausrichtung auf die veränderten Anforderungen. Während also im ersten Fall nur die Zielgenauigkeit von Programmen verbessert werden soll, handelt es sich im zweiten Fall um Änderungen in den Zielen und Problemlagen selbst. Zum Beispiel müsste die Problemlage geringer Geburtenraten in den konservativen und insbesondere in den „familistischen“ Wohlfahrtsregimen dazu führen, dass die Förderung der Familien als Ziel höhere Priorität erhält und dies nicht nur verbal unterstützt wird, sondern auch mit Ressourcen. Die Einführung der Pflegeversicherung in der Bundesrepublik Deutschland andererseits ist ein Beispiel für eine neue Antwort auf den sich verstärkenden Bedarf nach Pflegedienstleistungen im Alter.

Die institutionelle Prägekraft der Wohlfahrtsregime kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Reformbemühungen im Rahmen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade stattfinden. Obwohl die *liberalen Wohlfahrtsregime* am stärksten kommodifiziert waren, reagierten sie auf die zunehmende ökonomische Konkurrenz nach 1989/90 mit weiterer Re-Kommodifizierung. Dies liegt an der zugrunde liegenden Logik, dass über den Marktmechanismus dann weitere Beschäftigungsmöglichkeiten für die gering Qualifizierten – die das höchste Arbeitslosigkeitsrisiko tragen – entstehen, wenn die Löhne flexibel auch nach unten sind. Flankierend wurden deshalb die sozialen Unterstützungsleistungen gekürzt und die Zugangsbedingungen der Programme verschärft. Diesen Prioritäten entsprechend schneiden die liberalen Länder bei der Arbeitslosenquote relativ gut ab, gleichzeitig sind sie wegen der Problematik der „working poor“ bei der Armutsquote wenig erfolgreich. Gegenüber rein passiven Lohnersatzleistungen wird aus liberaler Sicht durch die aktive Beschäftigung auch die Beschäftigungsfähigkeit gefördert. Nach unseren breiteren Qualitätskriterien müssten die liberalen Wohlfahrtsregime den Zeithorizont erweitern und verstärkt in die Qualifizierung und Weiterqualifizierung investieren.

Auch die exportabhängigen *sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime* erlebten infolge der erhöhten Konkurrenz nach 1989/90 eine steigende Arbeitslosigkeit und reagierten darauf mit Kosteneindämmungen in den sozialen Sicherungssystemen und einer Rekalibrierung der Programme. Die Kosteneindämmungen wurden realisiert durch ein Zurückfahren der Leistungen, die allerdings im internationalen Vergleich auch am umfassendsten waren, sodass auch nach den Verschlankungen die Substanz der sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime erhalten blieb – mit den Merkmalen wie Universalismus, hohe Frauenerwerbsquo-

te, geringe Einkommensungleichheit und niedrige Armutsquote. In der Rentenpolitik wurde 1998/99 in Schweden eine beitragsfinanzierte, leistungsbezogene Säule in das Rentensystem eingeführt. Dadurch wurde ein Element des kontinentalen Wohlfahrtsregimes inkorporiert, die grundlegenden Charakteristika wie z.B. die hohen Lohnersatzleistungen wurden aber trotz dieser Reformen bewahrt. Die Rekalibrierung bezog sich insbesondere auf eine Steigerung der Zielgenauigkeit der Programme im Gesundheitssystem. Was sich nach unseren Kriterien noch verbessern ließe, ist z.B. die Migrantenfreundlichkeit, bei der die sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime hinter den wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimen rangieren, das arbeitsmarktpolitisch vorbildliche Dänemark mit gleichzeitig starken fremdenfeindlichen Tendenzen ist ein prägnantes Beispiel. Universalistische Regelungen müssen an die Bedingungen zunehmender Migration angepasst werden. Eine stärkere Leistungsgerechtigkeit ist eine günstigere Voraussetzung für die Toleranz und Anerkennung gegenüber Migranten.

Die *konservativen Wohlfahrtsregime* weisen den größten Reformbedarf auf: Auf den Rückgang der Industriearbeitsplätze wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit Frühverrentungsprogrammen reagiert, zusammen mit der Alterung der Gesellschaft führt dies zu einem starken Druck auf das Rentenniveau, das deshalb etwas zurückgeschraubt wird. In Deutschland wurde mit der Rentenreform von 2001 eine staatlich geförderte, freiwillige private Ergänzungsversicherung eingeführt, womit ein Element wirtschaftsliberaler Wohlfahrtskonzeptionen inkorporiert wurde. Die öffentliche Infrastruktur für die Kinderbetreuung und für die Pflege von Alten ist weniger ausgebaut als in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen, ferner sind die privaten Dienstleistungen im sozialen Bereich und im Konsumbereich wegen der hohen Sozialabgaben weniger entwickelt als in den wirtschaftsliberalen Ländern. Dies führt dazu, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert ist, die Geburtenraten gering sind und die Frauenerwerbsquote niedriger, sowohl als in den sozialdemokratischen als auch in den wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimen. Wegen der im internationalen Vergleich unterproportional entwickelten Dienstleistungen sind die Beschäftigungsmöglichkeiten geringer und die Arbeitslosenquoten bzw. die Anteile in unbezahlter Hausarbeit höher. Dies schwächt die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme. Deshalb müssen konservative Wohlfahrtsregime die Beitragsfinanzierung systematisch zurückschrauben und durch eine Finanzierung auf breiterer Steuerbasis ersetzen, wodurch die Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Dienstleistungssektor und bei gering Qualifizierten steigen können. Das nahe liegende öffentliche Beschäftigungsprogramm besteht in dem Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen für Kinderbetreuung und -förderung sowie in der Pflege. Die Kosteneindämmung betrifft neben dem Rentensystem auch das Gesundheitssystem, das durch verschiedene Programme etwas verschlankt werden soll. Durch die „Hartz-Gesetze“ wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Akzent der Arbeitsmarktpolitik konzeptionell von den passiv nachsorgenden Lohnersatzleistungen zur aktivierenden Politik des „Förderns



und Forderns“ verlagert. In der Umsetzung des Konzepts wurde allerdings das Fördern – das natürlich Ressourcen erfordert – vernachlässigt. Dann aber ist die Arbeitsmarktpolitik nur kostensparend und noch nicht wirklich präventiv. Nachzusorgen ist viel schwieriger und aufwändiger, als vorsorgend in Qualifizierung, Weiterqualifizierung und Umschulung zu investieren.

Insgesamt liegt der Schwerpunkt der Reformen in den konservativen Wohlfahrtsregimen bei den Kosteneindämmungen, aber das Beispiel der Einführung der Pflegeversicherung in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass auch die Rekalibrierung in der Version des „Updating“ eine Rolle spielt, denn in der Reformpolitik der Bundesrepublik – die nicht spektakulär ist, sondern in kontinuierlichen kleineren Reformschritten verläuft – wurde auf die neue Problemlage des erhöhten Pflegebedarfs bei gleichzeitig verringerten Pflegemöglichkeiten durch die Familien „pfadgemäß“ reagiert: Durch die neue Pflegeversicherung wurde die Problematik durch Inkorporation in das System der Sozialversicherungen bearbeitet. Auch die konservativen Wohlfahrtsregime sind – trotz zahlreicher Vetomöglichkeiten – reformfähig.

#### **4. Zur Unterstützung der verschiedenen Wohlfahrtskonzepte**

Um verschiedene Wohlfahrtskonzepte herauszuarbeiten, kann man an den Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit von Hochschild (1981) anknüpfen, die zwischen dem Pol des Prinzips der Gleichheit und dem Pol des Prinzips der Differenzierung fünf Verteilungsprinzipien unterscheidet: Strikte Gleichheit, nach Bedürfnis, nach Investition, nach Resultaten, nach Zuschreibung. Gemäß Esping-Andersen entsteht Wohlfahrt in einem „Wohlfahrts-Dreieck“ von Produzenten/Mechanismen: durch den Staat, über den Markt und durch die Familie, wobei man für die Bundesrepublik noch die Wohlfahrtsverbände u.ä. (allgemeiner die Zivilgesellschaft) ergänzen könnte. Auch die Präferenz für einen der Wohlfahrtsproduzenten kann die Wohlfahrtskonzeption strukturieren. In Auseinandersetzungen mit der Literatur kann man also in einem ersten Schritt mögliche Wohlfahrtskonzepte zusammenstellen.

Ergänzend zu dem klassischen Beitrag von Esping-Andersen (1990) zu den drei Welten der Wohlfahrtskapitalismus ließe sich nach Castles u.a. aus der liberalen Regime-Gruppierung noch ein „radical“ genannter Typ aussondern (im wesentlichen Australien und Neuseeland), wo zwar die Wohlfahrtsausgaben ähnlich niedrig sind wie in den USA, aber eine stärkere Arbeiterbewegung arbeitnehmerfreundlichere Regulierungen durchgesetzt hat. Ferner könnte man aus Esping-Andersens „konservativem“ Regimetyp noch die südeuropäischen (mediterranen) Länder als „rudimentär“ aussondern, die im Unterschied zu den anderen konservativen Regimen geringere Wohlfahrtsausgaben leisten und wo ein Großteil der Wohlfahrtsaufgaben schließlich den Familien verbleibt, weshalb dieser Typ auch „familistisch“ genannt werden kann. Schließlich kann man noch

den ex-sozialistischen Regimetyp unterscheiden, der einerseits eine gemeinsame sozialistische Vergangenheit aufweist, sich andererseits aber auch noch in einer Phase der Ausdifferenzierung unterschiedlicher Entwicklungspfade befindet.

Die Unterstützung der verschiedenen Wohlfahrtskonzepte lässt sich durch die Einstellungen der Bevölkerungen in ausgewählten Ländern untersuchen, wobei die Personen mit ihren Interessen und Werten sowohl innerstaatlich als auch interstaatlich verglichen werden. Als dafür geeigneten Datensatz wird das International Social Survey Programm (ISSP) verwendet, wobei die Befragungen zur sozialen Ungleichheit (1987, 1992, 1999) ausgewertet werden. Um die Regime-typen abzudecken, werden folgende Länder ausgewählt: USA, UK (liberal), Australien, Neuseeland („radical“), Westdeutschland, Ostdeutschland, Frankreich (konservativ), Spanien (rudimentär), Schweden, Norwegen (sozialdemo-kratisch), Polen, Ungarn (ex-sozialistisch).

Mit Hilfe einer Faktorenanalyse wird herausgearbeitet, dass sich mit dem ISSP 1999 sechs Wohlfahrtskonzepte unterscheiden lassen:

- 1) Als „Egalitarismus-Etatismus“ lässt sich der Faktor benennen, auf dem die Indikatoren „Staat soll Einkommensunterschiede abbauen“ und „progressive Besteuerung“ hoch laden. Es handelt sich also um die Befürwortung staatlicher Umverteilung.
- 2) „Funktionalismus“: Lange Ausbildung nur bei höherem Lohn, Einkommensunterschiede als Anreiz nötig.
- 3) „Familismus“: Lohnkriterien Familie und Kind.
- 4) „Investitionsprinzip“: Ausbildung, übernommene Verantwortung und Beaufsichtigung anderer als Lohnkriterien.
- 5) „Reines Leistungsprinzip“: Hart und gut gearbeitet.
- 6) „Chancengleichheit (vs. Marktliberalismus)“: Bildung der Kinder und Gesundheitsversorgung sollten nicht (bzw. doch) von der Höhe des Privatbudgets abhängen.

In der Analyse der Zustimmung zur staatlichen Umverteilung lässt sich zeigen, dass privilegiere Bildungslagen Umverteilung weniger befürworten. Wenn man die beruflichen Lagen gleichzeitig berücksichtigt, zeigt sich, dass diese den Einfluss vermitteln, es verbleibt kein direkter Effekt der Bildungslagen, sondern die beruflichen Lage-Indikatoren bilden die intervenierenden Variablen. Die größten Effekte haben die SchichtselbstEinstufung, gefolgt von der Einkommensvariablen: Personen in privilegierten Lagen befürworten weniger staatliche Umverteilung. Im Vergleich der Länder ist die Befürwortung staatlicher Umverteilung in den liberalen (incl. „radical“) Ländern am geringsten, in den ex-sozialistischen am höchsten. Die mittlere Unterstützung in Großbritannien ist ein Hinweis auf einen Mischtyp zwischen Wirtschaftsliberalismus und der Wohlfahrtsstaatsentwicklung nach 1945. In den skandinavischen Ländern (Schweden und Norwegen) wird weitere staatliche Umverteilung im Länderver-

gleich bereits nicht mehr überdurchschnittlich unterstützt. Die Länder erklären 8 % der Unterschiede der Unterstützung staatlicher Umverteilung, also etwas weniger als die Mikro-Faktoren (soziale Lage etc.) mit 10 %.

Dass große Einkommensunterschiede notwendig sind für die individuelle Motivation und den allgemeinen Wohlstand, wird von besser Gebildeten weniger bejaht, die Interessen der sozialen Lage haben hier nur einen geringen Einfluss. Im Ländervergleich votiert Ungarn im Durchschnitt egalitär, Polen dagegen funktionalistisch, dies ist ein Anhaltspunkt für unterschiedliche Entwicklungspfade im Post-Sozialismus. Ostdeutschland nähert sich an das Niveau der Befürwortung des Funktionalismus in Westdeutschland an. Die Länderunterschiede erklären mit 8 % mehr als die Individualmerkmale (2 %).

Die Entlohnung gemäß der Investition wird von Älteren befürwortet, aber auch eher von den Frauen, die ja in den Bildungsinvestitionen stärker aufgeholt haben als bei den Entlohnungen. Im Ländervergleich wird das Investitionsprinzip in den wirtschaftsliberalen (incl. „radical“) Ländern stark unterstützt, aber auch in den ex-sozialistischen Ländern, die also bei diesem Aspekt die egalisierenden Erfahrungen des Staatsozialismus ungünstiger bewerten. In Schweden und Norwegen wird dieses Prinzip weniger befürwortet, wohl wegen der eher egalisierenden Tradition. Das Investitionsprinzip würde ja gerade Unterschiede produzieren. Sowohl Individualmerkmale (3 %) als auch Länderunterschiede (2 %) haben keine große Erklärungskraft.

Das reine Leistungsprinzip (Entlohnung nach Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit) lässt sich nicht durch hierarchische soziale Lagen erklären, es ist ja im Unterschied zum ebenfalls meritokratischen Investitionsprinzip nicht Statusbewahrend. Im Ländervergleich findet sich in den USA die stärkste Unterstützung, in Schweden die geringste. Die Länderunterschiede erklären etwas mehr (4,4 % der Varianz) als Individualdaten (1,4 %).

Die besondere Berücksichtigung der Familie bei der Lohnfindung findet bei nach Bildung oder Einkommen privilegierteren Lagen weniger Unterstützung. Im Ländervergleich ist die Unterstützung in Spanien am höchsten, gefolgt von den Status-konservierenden Ländern Deutschland und Frankreich. Am geringsten ist die Unterstützung in dem individualistischen Schweden, ähnlich gering in den ex-sozialistischen Ländern und Norwegen. Die Länderunterschiede erklären mehr (nämlich 8 % der Varianz) als die Individualdaten (4 %).

Die Einschätzung, ob es gerecht/ungerecht ist, wenn Menschen mit höherem Einkommen bessere Gesundheitsleistungen sowie bessere Bildungsleistungen für ihre Kinder erkaufen können, lässt sich als Polarität Marktliberalismus vs. Chancengleichheit zusammenfassen. Höhere Schichten sprechen sich tendentiell eher für Marktliberalismus aus. Insgesamt erklären die Individualdaten aber nur 3 % verglichen mit den nennenswerten Unterschieden nach Ländern (15,5 % der Varianz). Großbritannien neigt am ehesten in die marktliberale Richtung, die übrigen liberalen (incl. „radical“) Länder folgen mit etwas Abstand. Dann folgt

Polen, das sich hier wohl an den USA orientiert, im Unterschied zum anderen post-sozialistischen Land Ungarn, in dem man die stärkste Unterstützung der Chancengleichheit findet. Neben Ungarn rangiert Frankreich, in dem Bildung und Gesundheit als staatliche Aufgaben gelten.

Zusammenfassend werden die Kompositionen von Wohlfahrtsregimen als Verteilung der Zustimmung zu den sechs Wohlfahrtskonzepten analysiert. Dabei lassen sich die liberalen (incl. „radical“) Länder tendentiell in eine Gruppe zusammenfassen, in der die meritokratischen Konzepte von Leistung und Investition dominieren, wobei es in Großbritannien gleichzeitig eine stärkere Unterstützung von staatlicher Umverteilung gibt. Gemäß unserer Daten gibt es also keinen Anhaltspunkt, die „radical“ genannten Staaten durchgängig als eigenen Regimetyp zu betrachten.

Die Familie wird in den Status-konservierenden und rudimentären Wohlfahrtsregimen stärker gewichtet, am stärksten gilt dies für Spanien. Die sozialdemokratischen Länder setzen stärker auf das Individuum als auf die Familie. In den ex-sozialistischen Ländern wird die Familie weniger gewichtet und die staatliche Umverteilung befürwortet, aber es gibt auch Anzeichen für unterschiedliche Entwicklungsrichtungen: Während Polen sich stärker am wirtschaftsliberalen Vorbild USA orientiert (vgl. die Einstellungen zu der Organisation des Gesundheitsbereichs und des Bildungsbereichs), wird die Chancengleichheit in Ungarn am stärksten befürwortet.

Wenn man die sich abzeichnenden unterschiedlichen Entwicklungspfade Osteuropas charakterisieren will, so ist zunächst Russland mit seinem niedrigen durchschnittlichen Lebensstandard und seiner sehr ausgeprägten Ungleichheit ein Sonderfall. In Ungarn findet man eine stärkere Unterstützung egalitärer Werte und eine geringe soziale Ungleichheit. Ungarn weist aber gleichzeitig als Folge der nach der Wende eingeführten freien Schulwahl die am stärksten ausgeprägte soziale Vererbung von Bildung (unter 36 untersuchten Länder) auf (Michael Mutz 2006). In Polen werden auch wirtschaftsliberale Konzepte befürwortet und es findet sich eine größere soziale Ungleichheit als in Ungarn. Insofern finden sich innerhalb der ex-sozialistischen Länder Ansätze für verschiedene Entwicklungsvarianten.

## **5. Schlussfolgerungen**

Die Konzeption der Wohlfahrtsregime dürfte nach dem augenblicklichen Diskussionsstand der fruchtbarste Ansatz sein, Gesellschaften international zu vergleichen. Die Konzeption der „drei Welten der Wohlfahrt“ von Esping-Andersen (1990) wird in unserer empirischen Untersuchung erweitert um die zwei Welten des südeuropäischen, familistischen Typs, wie dies auch z.B. Ferrera (1996, 2005) vertritt, und um den osteuropäischen, ex-sozialistischen Typ, der

einerseits eine gemeinsame Vergangenheit aufweist, sich aber andererseits im Prozess der Ausdifferenzierung in unterschiedliche Entwicklungspfade befindet.

Die bisherige Performanz der Wohlfahrtsregime und der untersuchten 28 Länder wird von uns mit Hilfe von acht Kriterien sozialer Wohlfahrt beurteilt, die wir in Auseinandersetzung mit der entsprechenden sozialphilosophischen Diskussion selbst entwickelt haben: Wohlstand und Wachstum im Spannungsverhältnis mit ökologischer Nachhaltigkeit; Innovationsfähigkeit und Dynamik; soziale Sicherung mit den zwei Säulen der materiellen Versorgung und der Vorsorge, der „Befähigung“ (Sen) durch Investitionen in das Bildungswesen; die Anerkennung der Besonderheiten, hier diskutiert anhand der beiden Kriterien Frauenfreundlichkeit und Migrantenfrendlichkeit; die Gleichheit der Rechte und Teilhabe; die soziale Integration; die Autonomie, d.h. die Wahlfreiheit inklusive der Befähigung („capabilities“), sie auch faktisch wahrnehmen zu können.

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime schneidet insgesamt sowohl bei den nachsorgenden Sozialleistungen im Risikofall als auch bei den vorsorgenden Investitionen in Bildung und Ausbildung am besten ab. Dieses Wohlfahrtsregime weist eine hohe Frauenfreundlichkeit auf, eine ausgeprägte Gleichheit der Rechte sowie der materiellen Teilhabe und bietet der Bevölkerung im Regimevergleich die relativ besten Voraussetzungen in Form von materiellen Ressourcen und Befähigungen, um als Individuen autonom handeln zu können. Probleme gibt es andererseits bei der Integration von Migranten, da den skandinavischen Ländern noch die Erfahrungen der klassischen Einwanderungsländer fehlen und Ansprüche auf soziale Sicherungsleistungen bei steigender Migration auch in universalistischen Wohlfahrtsregimen an Voraussetzungen geknüpft werden müssen.

Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime weist insgesamt die stärkste Dynamik in den Beschäftigungsmöglichkeiten auf, so dass die Inklusion in den Arbeitsmarkt erleichtert wird. Der Wettbewerb ist nach unserer Auffassung die stärkste Dynamikkraft, auf der Basis des dominierenden Marktmechanismus erreichen die wirtschaftsliberalen Länder im Durchschnitt den höchsten Wohlstand. Die Kehrseite ist das große Ausmaß an sozialer Ungleichheit und hohe Armutsquoten. Das starke Wirtschaftswachstum ist begleitet von ökologischen Problemen. Die Neutralität des Marktmechanismus und eine Politik der Antidiskriminierung führen zu einer relativ ausgeprägten Geschlechtergleichheit. Schließlich sind die auch im Handel offenen Länder des Wirtschaftsliberalismus relativ erfolgreich bei der Aufnahme und Integration von Migranten.

Im Status-konservierenden Wohlfahrtsregime werden feine Unterschiede gemacht, aber auf einem mittleren bis hohen Niveau des Wohlstands und der sozialen Sicherung, wobei die konservativen Länder im Durchschnitt sowohl bei den nachsorgenden Sozialleistungen als auch bei den vorsorgenden Investitionen in Bildung und Ausbildung im Vergleich relativ gut abschneiden. In den konservativen Wohlfahrtsregimen verfügen sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeit-



nehmer über eine starke Verhandlungsmacht, so dass es weder zu rein wirtschaftsliberalen noch zu rein sozialdemokratischen Problemlösungen kommt, sondern zu „mittleren“ Ergebnissen. Die Gleichheit der materiellen Teilhabe ist deshalb stärker ausgeprägt als in dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime und auch die Voraussetzungen für die Autonomie der Bevölkerung sind im Durchschnitt in den konservativen Ländern günstiger als in den wirtschaftsliberalen Ländern.

Das südeuropäische, „familistische“ Wohlfahrtsregime erwartet die Pflegeleistungen von der Familie, ohne sie aber entsprechend materiell zu unterstützen. Im Ergebnis weisen die familistischen Staaten die geringste Frauenerwerbsquote sowie insgesamt am wenigsten „Frauenfreundlichkeit“ gemäß unseren Messungen auf und im Durchschnitt die geringsten Geburtenraten. Bei der sozialen Sicherung sind die nachsorgenden Sozialleistungen in den südeuropäischen Ländern – insbesondere die Renten – im Durchschnitt sehr stark ausgebaut, die vorsorgenden Investitionen in Bildung und Ausbildung dagegen vergleichsweise zu gering. In den südeuropäischen Ländern gibt es insofern einen starken Reformbedarf, wobei die Europäische Union für einen solchen Lernprozess ein fruchtbarer Kontext ist.

Die gemeinsame Vergangenheit der ex-sozialistischen Länder wirkte insofern prägend, als diese Länder bei der Geschlechtergleichheit und bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe im Vergleich gut abschneiden. Im Ländervergleich wird in den ex-sozialistischen Ländern das Investitionsprinzip stark befürwortet, d.h. die Entlohnung nach Ausbildung, übernommener Verantwortung und Aufsichtsfunktion: bei diesem Aspekt werden die egalisierenden Erfahrungen des Staatssozialismus also als vergleichsweise ungünstig bewertet. Die abrupten Transformationsprozesse haben zu gravierenden Problemen bei der Integration in den Arbeitsmarkt geführt, aber auch die Partizipation in Vereinen, Verbänden und die Zivilgesellschaft insgesamt ist wenig entwickelt, so dass die ex-sozialistischen Länder im Durchschnitt bei der sozialen Integration gemäß unseren Messungen auffallend schlecht abschneiden. Die ex-sozialistischen Länder beginnen sich auszudifferenzieren in unterschiedliche Entwicklungspfade: Russland als „Mutterland“ des früheren Staatssozialismus ist wirtschaftlich wenig entwickelt und weist eine sehr große soziale Ungleichheit auf. Der Entwicklungspfad Polens wirkt konservativ-wirtschaftsliberal: der starke Einfluss der katholischen Kirche auf das Leitbild der Familie auf der einen Seite und wirtschaftsliberale Konzepte (z.B. bzgl. des Gesundheits- und Bildungsbereichs) mit dem Ergebnis größerer sozialer Ungleichheit auf der anderen Seite. Von den entwickelten Ländern Osteuropas sind egalitäre Vorstellungen (bzgl. der Einkommensverteilung etc.) in Ungarn dagegen stärker verbreitet, so dass sich die Wohlfahrtskonzepte in Osteuropa weiter ausdifferenzieren dürften.

Gesellschaften lassen sich im Augenblick also insgesamt – wie gezeigt – sehr fruchtbar mit dem Konzept der Wohlfahrtsregime vergleichen. Neben den drei „Welten“ von Esping-Andersen (1990) – dem sozialdemokratischen, dem Sta-

tus-konservierenden und dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime – lässt sich noch das familistische Wohlfahrtsregime Südeuropas unterscheiden sowie das ex-sozialistische Wohlfahrtsregime Osteuropas, das sich von einem niedrigeren Lebensstandard aus im Rahmen der EU materiell den alten EU-Mitgliedern annähert, wobei sich im Hinblick auf die Ungleichheit unterschiedliche Entwicklungspfade herauskristallisieren: Russland nimmt bei seinem wirtschaftlichen Aufholprozess eine stark ausgeprägte soziale Ungleichheit in Kauf. Von den ex-sozialistischen Ländern findet sich in Ungarn andererseits eine starke Unterstützung egalitärer Werte und Konzepte. Für Polen ist neben dem bzgl. der Geschlechtsrollen traditionellen Einfluss der katholischen Kirche – das männliche Ernährungsmodell wird befürwortet – eine wirtschaftsliberale Komponente charakteristisch durch eine bündnispolitische Orientierung an den USA, was sich in einem mittleren Ungleichheitsniveau niederschlägt. In der Rentenpolitik andererseits sind unter den Einfluss der Weltbank in Polen und in Ungarn Drei-Säulen-Modelle entwickelt worden, was eher eine Gemeinsamkeit der ex-sozialistischen Beitrittsländer ist. Die Europäische Union harmonisiert nicht die nationalen Institutionen, sondern formuliert Performanzkriterien – bisher insbesondere für Beschäftigung und die Reduktion von Armut. Durch schrittweise Erweiterung der Performanzkriterien ließe sich Europa mit Hilfe der „Offenen Methoden der Koordinierung“ als Lernprozess organisieren, wobei die Wege der Zielerreichung den nationalen Regierungen überlassen bleiben, aber der Lernprozess durch die jährlichen Berichte gefördert wird. Die Organisation von Europa als Lernprozess, in dem die Befähigungen (Sen) gefördert und in die Bildung und Zukunftsfähigkeit investiert wird (vgl. z.B. „A child-centred social investment strategy“ von Esping-Andersen in seinem Buch von 2001), wobei gleichzeitig die Fairness der Chancenverteilung und Offenheit sowie Anerkennung für die verschiedenen Kulturen berücksichtigt werden, wäre ein unterstützenswertes Projekt.

Der Umbau der Wohlfahrtsregime lässt sich nach dem Vorschlag von Pierson (2001) in den Dimensionen „Re-commodification“, Kosteneindämmung und Rekalibrierung, d.h. Nachjustierung durch Rationalisierung oder „Updating“ (in Zielen und Priorität der Probleme) diskutieren.

Die Reformen finden im Kontext der unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade statt. So reagierten die wirtschaftsliberalen Länder auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die zunehmende ökonomische Konkurrenz nach 1989/90, als der Weltmarkt sich um fast ein Drittel erweiterte, durch eine verstärkte Rekommodifizierung, obwohl sie ja schon wenig dekommodifiziert im Sinne von Esping-Andersen (1990) waren. Der Ansatz der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime besteht darin, die Anreize zur Aufnahme jeglicher Erwerbsarbeit dadurch zu erhöhen, dass die Löhne flexibel nach unten sind und die Flexibilität der Arbeitgeber durch den Mechanismus des „hire and fire“ erhöht wird. Dies führt zu der im Vergleich dynamischsten Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten – auch von gering Qualifizierten -, gleichzeitig ent-



steht ein großes Segment von „working poor“. Die USA z.B. weisen dadurch eine Spannweite von dem Niveau der Spitzentechnologie bis zum Standard von wenig entwickelten Ländern auf. Die kurzfristige Renditeorientierung der zugrunde liegenden Wirtschaftsorientierung führt zur Vernachlässigung von Bildung und Weiterbildung in der Breite, während gleichzeitig die Spitzentechnologie auf vielen Gebieten weltweit führend ist. Unter Gesichtspunkten der sozialen Integration und der Befähigung zur Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben müsste der große Wohlstand in wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimen stärker in das Humankapital der gesamten Bevölkerung investiert werden.

Die sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime weisen nach unseren Qualitätskriterien die beste Performanz auf, so dass der Reformbedarf im wesentlichen darin besteht, in Zeiten zunehmenden ökonomischen Wettbewerbs die sozialpolitischen Programme zielgenauer auszurichten, was durch Reformen insbesondere der Renten und des Gesundheitswesens auch bereits geschieht. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik andererseits ist ohnehin Bestandteil des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes, da der stark ausgebaute öffentliche Sektor von Dienstleistungen in Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt auf der Basis von Vollbeschäftigung und einer relativ hohen individuellen Besteuerung finanziert werden soll. Als arbeitsmarktpolitisch vorbildlich gilt im Augenblick Dänemark, das das hohe Niveau sozialer Absicherung, das die Mobilität von Arbeitnehmern erleichtert, kombiniert mit der liberalen Komponente, dass Arbeitgeber gleichzeitig über den Mechanismus des „hire and fire“ verfügen, d.h. dass der Kündigungsschutz weniger reguliert wird als in den konservativen Wohlfahrtsregimen. Was in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen noch weiter entwickelt werden muss, ist die Integration von Migranten, denn das arbeitsmarktpolitisch vorbildliche Dänemark hat gleichzeitig starke fremdenfeindliche Tendenzen. Die Zugangsvoraussetzungen zu universalistischen Sicherungssystemen müssen bei zunehmender Migration angehoben werden, durch solche zusätzlichen meritokratischen Elemente könnte auch die Akzeptanz der Migration erhöht werden.

Die konservativen Wohlfahrtsregime haben großen Reformbedarf, durch die Frühverrentungsprogramme zur Abfederung des Strukturwandels und durch die Alterung der Gesellschaft steigt der Druck auf die Rentensysteme. In der Bundesrepublik Deutschland wurde 2001 eine staatlich geförderte, freiwillige Ergänzungsversicherung eingeführt, d.h. ein Element wirtschaftsliberaler Wohlfahrtslogik inkorporiert. Ferner wurde das Rentenniveau reduziert. Auch die Leistungen im Gesundheitswesen wurden schrittweise verringert, d.h. insgesamt dominiert in den konservativen Wohlfahrtsregimen die Kosteneindämmung. In den geringen Geburtenraten und den niedrigen Frauenerwerbsquoten kommt zum Ausdruck, dass die Infrastruktur zur Betreuung von Kindern und zur Pflege von Alten im Vergleich wenig ausgebaut ist, so dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert wird. Es wäre angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nahe liegend, die Beschäftigung in diesen Pflegedienstleistungen auszubauen,

womit gleichzeitig eine weitere Erhöhung der Frauenerwerbsquoten begünstigt würde, was wiederum die Steuerbasis für die Systeme der sozialen Sicherung stärkt. In den konservativen Wohlfahrtsstaaten wird im Durchschnitt sowohl in die nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall als auch in die vorsorgenden Bildungs- und Ausbildungsprogramme investiert, die Bundesrepublik Deutschland weist aber bei den vorsorgenden Bildungsausgaben nur den 20. Platz (von 28) auf. Die „Hartz-Gesetze“ zur aktiven Arbeitsmarktpolitik gingen zwar von der Idee des Förderns und Forderns aus, in der Umsetzung wurde das Fördern allerdings vernachlässigt. Die Investitionen in Bildung, Weiterbildung und Umschulung wären nahe liegende Programme, um sowohl die Beschäftigungsmöglichkeiten zu erweitern als auch die Beschäftigungsfähigkeit und Befähigung der Geförderten. Schließlich kann man in der Welteinkommenspyramide nur dann einen vorderen Platz behaupten, wenn man in der Weltarbeitsteilung überproportional die anspruchsvollsten Leistungen übernimmt. Dies ist nur möglich, wenn die Innovationsfähigkeit dadurch gestärkt wird, dass Forschung und Entwicklung gefördert werden, was die nahe liegenden Zukunftsinvestitionen sind.

Das beste Reformprogramm für die europäischen Länder insgesamt wäre die Organisation der Europäischen Union als Lernprozess, wie es mit der Offenen Methode der Koordinierung für die Beschäftigungspolitik und die Armutspolitik in der EU bereits versucht wird: Durch ein System der jährlichen Berichterstattung soll ein Lernen von den erfolgreichen Entwicklungspfaden initiiert werden. Ein solcher organisierter Lernprozess ließe sich schrittweise erweitern z.B. auf eine solch breite Liste von Qualitätskriterien, wie wir sie für unsere Untersuchung der Performanz von Wohlfahrtsregimen entwickelt und verwendet haben.

---

## Literaturverzeichnis

Alber, Florian: Die Unterstützung von Wohlfahrtskonzepten im internationalen Vergleich. Magisterarbeit, Universität Potsdam. Potsdam 2006.

Alber, Jens: Sozialstaat und Arbeitsmarkt. In: *Leviathan* Jg. 28, 2000a, S. 535-569.

Alber, Jens: Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? In: Allmendinger, Jutta (Hg.): *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000b*. Opladen 2001: Leske und Budrich, S. 1148-1209.

Alber, Jens: Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? In: *Berliner Zeitschrift für Soziologie* 2002, S. 5-35.

Allardt, Erik: Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research. In: Nussbaum, Martha C./ SEN, Amartya (Hg.): *The quality of life*. New York/Oxford 1993: Clarendon Press, S. 88-94.

Allmendinger, Jutta: Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: *Soziale Welt* 50, 1999, S. 35-50.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Education and the welfare state: the four worlds of competence production. In: *Journal of European Social Policy* 13, 2003, S. 63-81.

Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster 1999: Westfälisches Dampfboot.

Andreß, Hans-Jürgen/ Burkatzki, Eckhard/ Heien, Thorsten: Projektantrag: Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Einstellungen der Bürger. WME-Arbeitspapier Nr. 1. Bielefeld 1998.

Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten/ Hofäcker, Dirk: *Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger*. Wiesbaden 2001a: Westdeutscher Verlag.

Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten: Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States. In: *European Sociological Review* 17, 2001b, S. 337-356.

Aristoteles: *Die Nikomachische Ethik*. 5. Auflage. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Arts, Will/ Gelissen, John: Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? In: *Acta Sociologica* 44, 2001, S. 283-299.

Baratta, Mario von (Hg.): Der Fischer Weltalmanach 2000. Frankfurt a. M. 1999: Fischer.

Barr, Nicholas: Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe. Washington D.C. 2005: The World Bank.

Baumert, Jürgen et al. (Hg.): PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001: Leske und Budrich.

Beck, Bernhard: Volkswirtschaft verstehen. 3. Aufl. Zürich 1998: vdf Hochschulverlag.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M. 1986: Suhrkamp.

Bellendorf, Heinz: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im weltweiten Strukturwandel: konzeptionelle Analyse und empirische Beurteilung. Frankfurt a. M./ Berlin (u.a.) 1994: Lang. Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1502. Zugl. : Gießen, Univ., Diss., 1993.

Boje, Thomas P./ Almqvist, Anna-Lena: Citizenship, family policy and women's patterns. In: Boje, Thomas P./ Leira, Arnlaug: Gender, welfare state and the market. Towards a new division of labour. London 2000: Routledge, S. 41-70.

Bonoli, Giuliano: Public attitudes to social protection and political economy traditions in Europe. In: European Societies 2000, S. 431-452.

Bornschieer, Volker: Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel. Frankfurt 1998: Campus.

Bornschieer, Volker: Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen. Zürich 2002: Loreto Verlag.

Busch, Rainer: Internationale technologiebestimmte Wettbewerbsfähigkeit und Forschungs- und Technologiepolitik. Eine komparative Studie. Frankfurt a. M./Bern (u.a.) 1987: Lang. Europäische Hochschulrichtlinien: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 807, S. 46 f.

Campbell, Angus/ Tollison, Robert D./ Miller, Warren E./ Stokes, Donald E.: The American Voter. New York 1960: John Wiley & Sons.

Castles, Francis G. (Hg.): Families of nations. Patterns of public policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot.

Castles, Francis G.: Comparative public policy. Patterns of post-war transformation. Cheltenham (UK) 1998: Edward Elgar.

Castles, Francis G./ Mitchell, Deborah: Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot, S. 93-128.

- Cerami, Alfio: Social policy in Central and Eastern Europe. The emergence of a new European Model of Solidarity? Diss. Universität Erfurt 2005.
- Cohen, R.L.: Justice. Views from the Social Science. New York 1986: Plenum Press.
- Daly, Mary: Comparing welfare states: Towards a gender friendly approach. In: Diane Sainsbury: Gendering welfare states. London 1994: Sage, S. 101-117.
- Daly, Mary: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. In: Scharpf, Fritz W./Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000a: Oxford University Press, S. 467-510.
- Daly, Mary: The gender division of welfare. Cambridge 2000b: Cambridge University Press.
- Daly, Mary/ Lewis, Jane: The concept of social care and the analysis of contemporary welfare states. In: British Journal of Sociology 51, 2000, S. 281-298.
- Deacon, Bob/ Hulse, Michelle/ Stubbs, Paul: Global Social Policy. International Organizations and the Future of Welfare. London 1997: Sage.
- Deutsch, Morton: Equity, equality, and need: Which value will be used as the basis of distributive justice? In: Journal of Social Issues 31, 1975, S. 137-149.
- Döhrn, Roland/ Heilemann, Ulrich/ Schäfer, Günter: Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? Zum dänischen „Beschäftigungswunder“. In: Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen 2001: Leske und Budrich, S. 269-290.
- Duncker, Christian: Verlust der Werte? Wertewandel zwischen Meinungen und Tatsachen. Wiesbaden 2000: Deutscher Universitätsverlag.
- Esping-Andersen, Gøsta: The three worlds of welfare capitalism. Cambridge (UK) 1990: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London. 1996: Sage.
- Esping-Andersen, Gøsta: Welfare States without Work: The Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy. In: Derselbe (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London. 1996: Sage, S. 66-87.
- Esping Andersen, Gøsta: Positive-Sum Solutions in a World of Trade-Offs? In: Derselbe (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 256-267.
- Esping-Andersen, Gøsta: Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 19-56.

Esping-Andersen, Gøsta: Social foundations of post-industrial economies. Oxford 1999: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta et al.: Why we need a new welfare state. Oxford 2002: Oxford University Press.

Ertel, Rainer: Volkswirtschaftslehre. 5. Aufl. München, Wien 1996: Oldenbourg.

European Commission, Directorate-General for Employment and Social Affairs, Unit E.2: Social protection in the 13 candidate countries. A comparative analysis. Luxembourg 2003: Office for Official Publications of the European Communities.

Ferge, Zsuzsa: Social Policy regimes and Social Structure. Hypotheses about the Prospects of Social Policy in Central and Eastern Europe. In: Dieselbe (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Frankfurt / Main, Boulder 1992: Campus, S. 201-222.

Ferrera, Maurizio: The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy 6, 1996, S. 17-37.

Ferrera, Maurizio (Hg.): Welfare State Reform in Southern Europe. Fighting Poverty and Social Exclusion in Italy, Spain, Portugal and Greece. London 2005: Routledge.

Flora, Peter/ Alber, Jens/ Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 707-772.

Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.

Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon, 3. Vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden 1990: Gabler-Verlag.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden 2006: Westdeutscher Verlag.

Goodin, Robert E./ Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/ Dirven, Henk-Jan: The real worlds of welfare capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press.

Götting, Ulrike: Welfare Development in Post-Communist Bulgaria, Czechoslovakia, and Hungary. A Review of Problems and Responses (1989-1992). Bremen: ZeS-Arbeitspapier 1993, 6.

Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1998: Leske und Budrich.

Hall, Peter A./ Gingerich, Daniel W.: „Spielarten des Kapitalismus“ und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie – eine empirische Analyse. In: Berliner Journal für Soziologie 14, 2004, S. 5-32.



- Hall, Peter A./ Soskice, David (Hg.): Varieties of capitalism. The institutional foundations of comparative advantage. Oxford 2001: Oxford University Press.
- Hamann, Silke/ Karl, Astrid/ Carsten G. Ullrich: Gerechtigkeitsüberzeugungen und Solidaritätsbereitschaften im Wohlfahrtsstaat. In: Allmendinger, Jutta (Hg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Opladen 2001: Leske und Budrich, S. 948-961.
- Hamm, Bernd: Internationale Verflechtungen und Globalisierung. In: Schäfers, Bernhard/ Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998: Leske und Budrich, S. 339-351.
- Härtel, Hans-Hagen/ Jungnickel, Rolf: Grenzüberschreitende Produktion und Strukturwandel. Globalisierung der deutschen Wirtschaft. Baden-Baden 1996: Nomos.
- Hasenfeld, Yeheskel/ Rafferty, Jane: The determinants of public attitudes towards the welfare state. In: Social Forces 67, 1989, S. 1027-1048.
- Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Opladen 1999: Leske und Budrich.
- Hochschild, Jenniver L.: What's fair? American Beliefs about Distributive Justice. Cambridge MA, London 1989: Harvard University Press.
- Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen 2001: Leske und Budrich.
- Huber, Joseph: Vollgeld. Beschäftigung, Grundversicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung. Berlin 1998: Duncker & Humblot.
- Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe. In: American Political Science Review 4, 1971, S. 991-1017.
- Inglehart, Ronald: Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt a. M./New York 1998: Campus.
- International Social Survey Programme (ISSP) 1987, 1992, 1999/2000: Social Inequality. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.
- Isin, Engin/ Patricia Wood: Citizenship and Identity. London 1999: Sage.
- Jackman, Mary/ Muha, Michael: Education and Intergroup Attitudes. In: American Sociological Review 49, 1984, S. 751-769.
- Jaeger, Franz: Natur und Wirtschaft. Ökonomische Grundlagen einer Politik des Wachstums. Zürich 1993: Rüegger.



Jäger, Johannes/ Melinz, Gerhard/ Zimmerman, Susan: Sozialpolitik in der Peripherie. Zugänge und Entwicklungen in globaler Sicht. In: Jäger, Johannes/ Aspalter, Christian/ Zimmermann, Susan: Sozialpolitik in der Peripherie: Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt / Main 2001: Brandes & Apsel, S. 9-36.

Jänicke, Martin/ Kunig, Philip/ Stitzel Michael: Umweltpolitik. Bonn 1999: Dietz.

Kaufmann, Franz-Xaver: Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.

Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen 2002: Leske und Budrich.

Keane, M. P./ Prasad, Eswar S.: Poland: Inequality, Transfers, and Growth in Transition. In: Finance and Development – A quarterly magazine of the IMF, 38, 2001. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2001/03/keane.htm#author>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Kelley, Jonathan und Evans, M.D.R.: The Legitimation of Inequality: Occupational Earnings in Nine Nations. In: American Journal of Sociology 99, 1993, S. 75-125.

Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Introduction. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999a: Cambridge University Press, S. 1-8.

Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Convergence and divergence in advanced capitalist democracies. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 427-460.

Klages, Helmut/ Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer 1999: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung.

Klein, Thomas/ Schilling, Johannes-Georg: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Eine empirische Analyse. In: Politische Vierteljahresschrift 35, 1994, S. 607-630.

Kluegel, James R./ Miyano, Masaru: Justice Beliefs and Support for the Welfare State in Advanced Capitalism. In: Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd: Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States. New York 1995: Aldine de Gruyter, S. 81-105.

Kovács, János M.: Approaching the EU and Reaching the US? Rival Narratives on Transforming Welfare Regimes in East-Central Europe. In: West European Politics. Vol. 25/2 April 2002. S. 175-204.

- Kreckel, Reinhard: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a.M. 1992: Campus.
- Kvist, Jon: Der Wohlfahrtsstaat und der Arbeitsmarkt: Die Erfahrungen Skandi-naviens in den 1990ern. In: Zeitschrift für Sozialreform 47, 2001, S. 378-406.
- Lane, Robert E.: Market Justice, Political Justice. In: American Political Science Review 80, 1986, S. 383-402.
- Leibfried, Stephan: Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC. In: Ferge, Zsuzsa/ Kolberg, Joj Eivind (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Boulder, Colo. 1992: Westview Press, S. 245-279.
- Leira, Arnlaug/ Saraceno, Chiara (2002): Care: actors, relationships and contexts. In: Hobson, Barbara/ Lewis, Jane/ Siim, Birte: Contested concepts in gender and social politics. Cheltenham (UK) 2002: Edward Elgar, S. 55-83.
- Leitner, Sigrid: Varieties of Familialism – the caring function of the family in comparative perspective. In: European Societies 5, 2003, S. 353-375.
- Lewis, Jane: Gender and welfare state change. In: European Societies 4, 2002, S. 331-357.
- Liebig, Stefan/ Wegener, Bernd: Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den USA. In: Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske und Budrich, S. 265-293.
- Lipietz, Alain: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie. Münster 2000: Westfälisches Dampfboot.
- Lippl, Bodo: Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Analysen in postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern. Dissertation. Humboldt-Universität, Berlin 2003. URL: <http://edoc.hu-berlin.de/docviews/abstract.php?lang=ger&id=25237>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.
- Lødemel, Ivar/ Trickey, Heather: ‘An offer you can’t refuse’ – Workfare in international perspective. Bristol (UK) 2000: The Policy Press.
- Manning, Nick/ Davidova, Nadia: Russia: Revolution or Evolution? In: Alcock, Peter (Hg.): International Social Policy. Welfare Regimes in the Developed World. Basingstoke, Hampshire 2001: Palgrave, S. 203-220.
- Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/New York 1992: Campus Verlag.
- Mau, Steffen: Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. In: Soziale Welt 48, 1997, S. 17-38.

Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Berliner Journal für Soziologie 11, 2001, S. 135-157.

Mohr, Hans: Wieviel Erde braucht der Mensch? Untersuchungen zur globalen und regionalen Tragekapazität. In: Erdmann, K.-H./ Kastenholz, H.G./ Wolff, M.: Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Heidelberg 1996: Springer, S. 45-61.

Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske und Budrich, S. 7-49.

Müller, Katharina: Die neue Rentenorthodoxie in Lateinamerika und Osteuropa. In: Jäger, Johannes/ Aspalter, Christian/ Zimmermann, Susan: Sozialpolitik in der Peripherie: Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt / Main 2001: Brandes & Apsel, S. 239-255.

Mutz, Michael: Bildungssysteme und die Reproduktion sozialer Ungleichheit – eine international vergleichende Analyse. Magisterarbeit, Universität Potsdam. Potsdam 2006.

Myles, John: When Markets Fail: Social Welfare in Canada and the United States. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 116-140.

Nies, Susanne: Die vier Problemkreise russischer Sozialpolitik. In: WeltTrends 39, 2003, S. 63-75.

Nussbaum, Martha C.: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999: Suhrkamp.

Nussbaum, Martha C./ SEN, Amartya (Hg.): The quality of life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press.

Obinger, Herbert/ Wagschal, Uwe: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der cluster-analytischen Überprüfung. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt 1998: Campus, S. 109-135.

OECD: Employment outlook. Paris 1994, 1995, 1998: OECD.

OECD: Lernen für das Leben – erste Ergebnisse von PISA 2000. Paris 2001: OECD.

OECD: PISA 2003 Student Compendia. Paris 2004: OECD.

OECD: Indicators 2004. Paris 2004: OECD.

OECD: Society at a Glance: OECD Social Indicators. Paris 2005: OECD.

OECD: Factbook 2006. Paris 2006: OECD.

Okrasa, Wlodzimierz: Risk-centred Welfare Reform in Central and South-East Europe: Preliminary experience from Moldova and Poland. Diskussionspapier. ESPAnet Conference 2005 Fribourg.

Orloff, Ann Shola: Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and welfare states. In: ASR 58, 1993, S. 303-328.

Oschmiansky, Frank/ Reissert, Bernd: Förderung von Übergangsmärkten in Berlin und Brandenburg – eine qualitative Untersuchung. Arbeitsmarktpolitische Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Band 52. Berlin 2002: BBJ Verlag.

Ostner, Ilona: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B36-37, 1995, S. 3-12.

Ostner, Ilona: Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 225-252.

Ostner, Ilona: Zur Konvergenz und Divergenz EU-europäischer Wohlfahrtsstaaten. In: Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT Verlag, S. 319-334.

Pfau-Effinger, Birgit: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In: KZfSS 1996, S. 462-492.

Pfau-Effinger, Birgit: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen 2000: Leske und Budrich.

Pierson, Paul: The New Politics of the Welfare State. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/95. Bremen 1995: Zentrum für Sozialpolitik.

Pierson, Paul: Coping with permanent austerity. Welfare state restructuring in affluent democracies. In: Derselbe (Hg.) The new politics of the welfare state. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 410-456.

Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.

Rogall, Holger: Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und ökologische Ökonomie. Berlin 2000: Duncker & Humblot.

Roller, Edeltraud: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1992: Westdeutscher Verlag.

Roller, Edeltraud: Sozialpolitik und demokratische Konsolidierung. Eine empirische Analyse für die Neuen Bundesländer. In: Fritz Plasser et al. (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt a. M./ Berlin 1999: Lang, S. 313-346.

Rutkowski, Jan J.: Welfare and the labour market in Poland: social policy during economic transition. World Bank technical Paper no. 417. Social challenges of transition series, Washington D.C. 1998: World Bank.

Sassen, Saskia: New Frontiers Facing Urban Sociology at the Millenium. In: British Journal of Sociology 51, 2000, S. 143-159.

Schäfer, Harald B.: Nachhaltiges Wirtschaften - Wichtigstes Ziel moderner Umweltpolitik. In: Erdmann, Karl-Heinz/ Kastenholz, Hans G./ Wolff, Manfred: Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Heidelberg 1996: Springer, S.207-217.

Scharpf, Fritz W.: Economic changes, vulnerabilities, and institutional capabilities. In: Derselbe/ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000: Oxford University Press, S. 21-124.

Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000: Oxford University Press.

Schimpl-Neimanns, Bernhard: Zur Umsetzung des Internationalen Sozioökonomischen Index des beruflichen Status (ISEI) mit den Mikrozensus ab 1996. In: ZUMA-Nachrichten Nr. 54, Jg. 28, 2004, S. 154-170.

Schmid, Günther: Strukturierte Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik. Empirische und theoretische Analysen zur Verteilungsdynamik der Arbeitslosigkeit und zur Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Königstein im Taunus 1980: Athenäum.

Schmid, Günther: Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M./New York 2002: Campus.

Schwethelm, Julia: Russland auf dem Weg zum Sozialstaat. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: Europäische Politik. Politikinformation Osteuropa. 05/2005. S. 1-11.

Schwitalla, Beatrix: Messung und Erklärung industrieller Innovationsaktivitäten mit einer empirischen Analyse für die westdeutsche Industrie. Heidelberg 1993: Physica-Verlag.

Sears, David O./ Lau, Richard R./ Tyler, Tom R./ Allen, Harris M.: Self Interest vs. Symbolic Politics. Policy Attitudes and Presidential Voting. In: American Political Science Review 74, 1980, S. 670-684.

Seeth, Harm t.: Russlands Haushalte im Transformationsprozess: Einkommens-, Armuts- und Versorgungsanalyse. Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1997: Lang.

Sen, Amartya: Inequality reexamined. New York 1992: Oxford University Press.

Sen, Amartya: Capability and well-being. In: Nussbaum, Martha C./ derselbe: The quality of life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press, S. 30-53.



- Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Shams, Rasul: Internationale Währungsbeziehungen und die Entwicklung der Weltwirtschaft. München 1983.
- Simonis, Udo E. (Hg.): Ökolexikon. München 2003: Beck.
- Soskice, David: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press, S. 101-134.
- SPIEGEL-Jahrbuch 2003. Zahlen, Daten, Analysen. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Staroske, Uwe/ Wiegand-Kottisch, Maren/ Wohlgemuth, Karl (Hg.): Innovation als Schlüsselfaktor eines erfolgreichen Innovationssystems im globalen Wettbewerb. Münster/Hamburg/London 2000: LIT Verlag.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2004, Bonn 2004: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis, and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 32-65.
- Svallfors, Stefan: Worlds of welfare and attitudes to redistribution: a comparison of eight Western nations. In: European Sociological Review 13, 1997, S. 283-304.
- Ullrich, Carsten G.: Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Anmerkungen zum Forschungsstand. Arbeitspapiere: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 22. Mannheim 2000.
- UNDP: Human Development Report. New York 1990 ff.
- U.S. Social Security Administration: Social Security Programs Throughout the World 1999. Washington, D.C. 1999.
- Vobruba, Georg : Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a. M./New York 2003: Campus.
- Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. San Domenico (FI) 2001: Europ. Univ. Inst.
- Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. In: West European Politics 25, 2002, S. 152-174.
- Wegener, Bernd: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, 1992, S. 269-283.

Wilensky, Harold L.: *The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures*. Berkeley 1975: University of California Press.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: *International Social Survey Programme (ISSP) 1987. Codebook (ZA-No. 1680). Social Inequality*. Köln 1987: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA).

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: *International Social Survey Programme (ISSP) 1992. Codebook (ZA-No. 2310). Social Inequality II*. Köln 1992: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA).

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: *International Social Survey Programme (ISSP) 1999. CD-Rom (ZA-No. 3430). Social Inequality III*. Köln 1999: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA).

Zimmermann, Susan: *Wohlfahrtspolitik und die staatssozialistische Entwicklungsstrategie in der „anderen“ Hälfte Europas im 20. Jahrhundert*. In: Jäger, Johannes/ Aspalter, Christian/ dieselbe: *Sozialpolitik in der Peripherie: Entwicklungsmuster in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa*. Frankfurt a. M. 2001: Brandes und Apsel, S. 211-237.

## **Internetquellen**

Commission on Sustainable Development (CSD), 15.04.1995, *Methodology Sheets*, Stichwort: Gini index of income inequality URL: [http://esl.jrc.it/envind/un\\_meths/UN\\_ME015.htm](http://esl.jrc.it/envind/un_meths/UN_ME015.htm). Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Dabrowski, Marek/ Rohozynsky, Oleksandr/ Sinitsina, Irina: *Poland and the Russian Federation: A Comparative Study of Growth and Poverty*, 2004. URL: <http://info.worldbank.org/etools/docs/reducingpoverty/case/26/fullcase/Poland%20and%20Russia%20Full%20Case.pdf>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

*Education at a Glance 2004, Briefing Note - Italy*, OECD 2004, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/35/37/33714646.pdf>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Frietsch, Rainer/ Breitschopf, Barbara: *Patente – Aktuelle Entwicklungen und längerfristige Strukturänderungen bei industriellen Innovationen*, ISI/IWW 2003. URL: [http://www.technologische-leistungsfahigkeit.de/pub/ISI\\_6\\_2003.pdf](http://www.technologische-leistungsfahigkeit.de/pub/ISI_6_2003.pdf). Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

*Human Development Report 2003, Gini-Index (Indicators)* URL: [http://hdr.undp.org/reports/global/2003/pdf/hdr03\\_HDI.pdf](http://hdr.undp.org/reports/global/2003/pdf/hdr03_HDI.pdf). Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.



---

Jæger, Mads Meier: Welfare state regimes and attitudes towards redistribution in 15 Western European countries: Is it really true that institutional regimes do not matter? 2005. URL: <http://www.unifr.ch/travsoc/espanet05/papers/pap17B-02.pdf>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Japan Seaology Promotion, Gini index URL: [http://www.nihonkaigaku.org/ham/eacoex/100econ/120doms/122dist/1224inc/gini/e\\_gini.html](http://www.nihonkaigaku.org/ham/eacoex/100econ/120doms/122dist/1224inc/gini/e_gini.html). Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Learning for Tomorrow's World - First Results from PISA 2003, OECD 2004, <http://www.pisa.oecd.org/dataoecd/1/60/34002216.pdf>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Lernen für das Leben - Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000. OECD 2001. URL: <http://www.pisa.oecd.org/dataoecd/44/31/33691612.pdf>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

Lippl, Bodo: "Welten der Gerechtigkeit" in "Welten wohlfahrtsstaatlicher Regimes" - Welche Einkommensungerechtigkeit nehmen Menschen in Europa wahr und welche Gerechtigkeitsordnung wollen sie? (ISJP-Arbeitsbericht No. 59). Humboldt-Universität. Berlin 2000. URL: [http://www.isjp.de/download/ISJP\\_WP\\_No59.pdf](http://www.isjp.de/download/ISJP_WP_No59.pdf). Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

National Report - Italy (Il Progetto Ocse-Pisa - Rapporto nazionale a cura di Emma Nardi). URL: [http://www.pisa.oecd.org/document/3/0,2340,en\\_32252351\\_32236159\\_33680899\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.pisa.oecd.org/document/3/0,2340,en_32252351_32236159_33680899_1_1_1_1,00.html). Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

UOE Data Collection - 2002 Data Collection on Education Systems, OECD 2002, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/41/43/1841883.pdf>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

World Fact Book 2003, Stichwort: Gini index URL: <http://www.bartleby.com/151/fields/68.html>. Zuletzt eingesehen: 16.08.2006.

## Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

- |             |   |                                   |  |
|-------------|---|-----------------------------------|--|
| Nr. 1/1995  | - | Dieter Holtmann                   | Modelle der Sozialstruktur   |
| Nr. 2/1996  | - | Dieter Holtmann                   | Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft  |
| Nr. 3/1997  | - | Ulf Rostalsky                     | Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern   |
| Nr. 4/1998  | - | Birgit Schäfer                    | Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: SchichtselbstEinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen   |
| Nr. 5/1998  | - | Steffen Weber                     | Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA                          |
| Nr. 6/1999  | - | Christian Dössel                  | Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP   |
| Nr. 7/1999  | - | Birgit Schäfer                    | Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: SchichtselbstEinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen |
| Nr. 8/1999  | - | Tilo Görl                         | Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern   |
| Nr. 9/2000  | - | Mona Youssef                      | Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit  |
| Nr. 10/2000 | - | Dieter Holtmann                   | Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action   |
| Nr. 11/2000 | - | Claudia Vogel                     | Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien   |
| Nr. 12/2001 | - | Elisabeth Holtmann                | Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“  |
| Nr. 13/2001 | - | Claudia Buchheister,<br>Tilo Görl | Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen -  |

Nr. 14/2001	-	Elke Goltz, Roger Sitter	Regionale Unterschiede in der Gewaltkriminalität im Land Brandenburg – Empirische Analyse anhand ausgewählter Strukturdaten
Nr. 15/2002	-	Elisabeth Holtmann, Dieter Holtmann, Tilo Görl, Elke Goltz, Claudia Buchheister	Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch die Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg
Nr. 16/2002	-	Claudia Buchheister	Intergenerationale Bildungs- und Erwerbsmobilität in Ost- und Westdeutschland - Eine Empirische Analyse –
Nr. 17/2003	-	Andrea Ziegel	Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Parteilafinitäten in Ostdeutschland
Nr. 18/2003	-	Andrea Schäfer	Inklusion oder Exklusion? Erwerbsübergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland.
Nr. 19/2003	-	Lena Jacobi	Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland.
Nr. 20/2004	-	Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl u.a.	Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen.
Nr. 21/2004	-	Silke Hans	Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare
Nr. 22/2004	-	Judith Weigand	Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe im internationalen Vergleich Der Einfluss der Geburt des ersten Kindes auf weibliche Erwerbsverläufe in Deutschland und Großbritannien
Nr. 23/2005	-	Berit Postel	Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen
Nr. 24/2005	-	Tilo Görl	Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf
Nr. 25/2006	-	Florian Alber	Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder
Nr. 26/2006	-	Dieter Holtmann	Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen

Die Beiträge dieser Reihe sind zu beziehen über:

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung (<http://www.uni-potsdam.de/u/soziologie/methoden/index.htm>)

Prof. Dr. Dieter Holtmann Tel. (0331)977-3570

Fax (0331)977-3811

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

August - Bebel - Str. 89

14482 Potsdam

ISSN 1612-6602